

Herbstgrundlinien 2015



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft hält Kurs 827

Europa und die Weltwirtschaft:
Expansionstempo erhöht sich leicht 828

Deutsche Wirtschaft: Starker Konsum stützt Wachstum 836

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Die Entwicklung im Euroraum
ist nach wie vor ein Risiko« 856

Hauptaggregate der Sektoren 2015–2016 857

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 859

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Katz-und-Maus-Spiel: Kampf um Atomkosten 864



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
16. September 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

„Verfehlte Kapitalmarktpolitik

Bundesregierung und Notenbank stehen heute vor einem kapitalmarktpolitischen Dilemma. Der Kapitalszins ist gegenwärtig mit 7 ½ % höher als Mitte 1960 (7 %) und droht, auf das vor sieben Jahren verlassene „exotische“ Niveau von 8 % zu steigen. Aus begreiflichen Gründen bemühen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen, einer solchen Zinserhöhung vorzubeugen. Andererseits wollen sie nichts unternehmen, was die Expansion der Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten anregen könnte; die Bundesbank lehnt es deshalb ab, ihre Instrumente zur Stabilisierung des Kapitalzinses einzusetzen. Im Gegenteil! Erst vor kurzem hat sie den Diskont erneut erhöht und die Bankeinlagen mehrerer Kreditinstitute des langfristigen Geschäfts der Mindestreservepflicht unterworfen; dadurch ist das Reserve-Soll der Banken um schätzungsweise 400 Mill. DM erhöht worden. Beide Maßnahmen, die nur „ordnungs“- und strukturpolitisch motiviert werden, wirken zinssteigernd. Die Bundesbank hat zwar die für den Herbst vorgesehene Kürzung der Rediskontkontingente der Banken teilweiserückgängig gemacht und wird möglicherweise bereit sein, den Banken gewisse Liquiditätshilfen zu gewähren. Ein grundsätzlicher Wandel ihres geldpolitischen Kurses ist aber vorerst nicht zu erwarten. Deshalb suchen die wirtschaftspolitischen Instanzen heute nach Wegen, auf denen man das Ziel einer Zinsstabilisierung erreichen kann, ohne auf eine Dämpfung der Konjunktur verzichten zu müssen.

aus dem Wochenbericht Nr. 37 vom 10. September 1965

Deutsche Wirtschaft hält Kurs

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft hält Kurs und wird in diesem Jahr wohl um 1,8 Prozent wachsen, im kommenden Jahr, bei leicht anziehender Dynamik, um 1,9 Prozent. Damit hält das DIW Berlin an seiner Prognose vom Sommer dieses Jahres fest. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort; die Arbeitslosenquote sinkt in diesem Jahr auf 6,4 Prozent und verharrt dort. Die Inflation ist aufgrund der deutlich gesunkenen Ölpreise in diesem Jahr niedrig und liegt bei 0,4 Prozent; im kommenden Jahr beläuft sie sich auf 1,4 Prozent.

Die Zuwächse der Weltwirtschaft dürften sich im Prognosezeitraum etwas erhöhen. Vor allem in den Industrieländern sorgen die erneut gesunkenen Energiepreise für weiterhin niedrige Inflationsraten. Hinzu kommen die in vielen Ländern stetigen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Zusammen stützt dies die Kaufkraft der Haushalte und den Konsum. Im Euroraum schreitet die Erholung voran. Der Außenwert des Euro ist schwach, die Geldpolitik sehr expansiv und wichtige Handelspartner wachsen kräftig, so dass sich der Konsum gut entwickeln und im weiteren Verlauf auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen erholen dürfte. Für die Schwellenländer ist zunächst nicht mit kräftigem Wachstum zu rechnen. Stärkere Schwankungen an den Finanzmärkten führen zu schlechteren Finanzierungsbedingungen. Erst im kommenden Jahr, wenn etwa Russland und Brasilien die Rezession hinter sich lassen, dürfte sich die Konjunktur etwas stabilisieren.

Die deutschen Exporte folgen weiter ihrem Aufwärtstrend: Ein kräftigerer Aufschwung in wichtigen Industrieländern, aber auch die fortgesetzte Erholung im Euroraum kompensieren die etwas schwächere Nachfrage aus den Schwellenländern. Per saldo trägt der Außenhandel jedoch kaum noch zum Wachstum bei, denn die Importe werden im Zuge der dynamischen Binnenkonjunktur deutlich steigen. Der Konsum stützt das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort – die Zahl der Erwerbstätigen dürfte etwa mit dem Tempo der vorangegangenen

Quartale steigen – und die Löhne legen spürbar zu, in diesem Jahr auch wegen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Hinzu kommen deutliche Zuwächse bei den Sozialleistungen; dies liegt vor allem an kräftig steigenden Renten, aber auch den Flüchtlingen fließen Leistungen zu, die den privaten Verbrauch anschieben dürften. Die Investitionen werden sich dagegen insgesamt eher verhalten entwickeln. Die Sorgen um die Zukunft des Euroraums dürften die Investitionspläne dämpfen. Zudem bestehen erhebliche Unsicherheiten über die Entwicklung wichtiger Absatzmärkte, insbesondere in China, die sich zuletzt sogar intensiviert haben. Hinzu kommen ungelöste geopolitische Konflikte, vor allem die Spannungen mit Russland. Dennoch zeichnet sich eine moderate Ausweitung der Investitionen in Ausrüstungen ab. Bei robuster Auslandsnachfrage und ausgelasteten Kapazitäten in der Industrie dürften sie im Verlauf sogar anziehen, zumal die dynamische Binnennachfrage Impulse geben dürfte.

Die Risiken für die Konjunktur bleiben indes hoch und haben zuletzt sogar zugenommen. Die bevorstehende Zinswende in den USA könnte zu unerwartet starken Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen; dies könnte angesichts der hohen privaten Verschuldung – gerade auch weil diese oftmals in Fremdwährung besteht – die konjunkturelle Dynamik in diesen Ländern zusätzlich dämpfen. Einer deutlichen Abkühlung der chinesischen Wirtschaft dürfte die Regierung zwar mit expansiven Maßnahmen begegnen, allerdings besteht das Risiko, dass sie nicht rechtzeitig oder aber nicht ausreichend gegensteuern kann. Auch hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Integration schnell wieder aufflammen kann. Zudem weist die zuletzt hohe Volatilität der Ölpreise darauf hin, dass sich auf dem Markt noch kein stabiles Gleichgewicht eingestellt hat. Die damit verbundene Planungsunsicherheit könnte die Dispositionen vieler Unternehmen stärker dämpfen als hier unterstellt.

Europa und die Weltwirtschaft: Expansionstempo erhöht sich leicht

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich im zweiten Quartal lediglich leicht beschleunigt, nachdem bereits der Jahresauftakt sehr schwach gewesen war. Immerhin legte das Wachstum sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern etwas zu (Abbildung 1). In den Industrieländern schob vor allem der Konsum die Konjunktur an. Aber auch die Investitionen verzeichneten in einigen Ländern kräftigere Zuwächse. Die Wirtschaft des Euroraums setzte ihre seit Mitte letzten Jahres andauernde Erholung unter gleichbleibendem Tempo fort, wobei vermehrt die südlichen Länder die Entwicklung stützten. Die Konjunktur in den USA gewann deutlich an Dynamik. Allerdings machten sich hier auch starke Nachholeffekte nach einem schwachen ersten Quartal bemerkbar. In Japan hingegen schrumpfte die Wirtschaftsleistung.

In den Schwellenländern blieb die Konjunktur im zweiten Quartal insgesamt verhalten. Zwar wuchs die chinesische Wirtschaft etwas kräftiger als zu Jahresbeginn. In Indien hingegen reduzierte sich das Expansionstempo. Die Produktion in Russland und Brasilien schrumpfte weiter. Beide Länder leiden zudem unter einem weiteren Verfall der Rohstoffpreise und – auch abwertungsbedingt – hoher Inflationsraten, die eine gemessen an den Wachstumsraten zu restriktive Ausrichtung der Geldpolitik zur Folge haben.

Insgesamt dürften sich die Zuwächse der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum etwas erhöhen. Vor allem in den Industrieländern sorgen die erneut gesunkenen Energiepreise für weiterhin niedrige Inflationsraten. Hinzu kommen die in vielen Ländern stetigen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Zusammen stützt dies die Kaufkraft der Haushalte und den Konsum. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen erhöhen, die bei kräftigerer Nachfrage zunehmend die weiterhin niedrigen Zinsen nutzen. Für die Schwellenländer ist zunächst nicht mit kräftigem Wachstum zu rechnen. Stärkere Schwankungen an den Finanzmärkten aufgrund der sich anbahnenden US-Zinswende und der Wachstumssorgen um China führen zu schlechteren Finanzierungsbedingungen. Erst im kommenden Jahr, wenn etwa Russland und Brasilien die Rezession hinter sich lassen, dürfte sich die Konjunktur in den Schwellenländern insgesamt etwas stabilisieren.

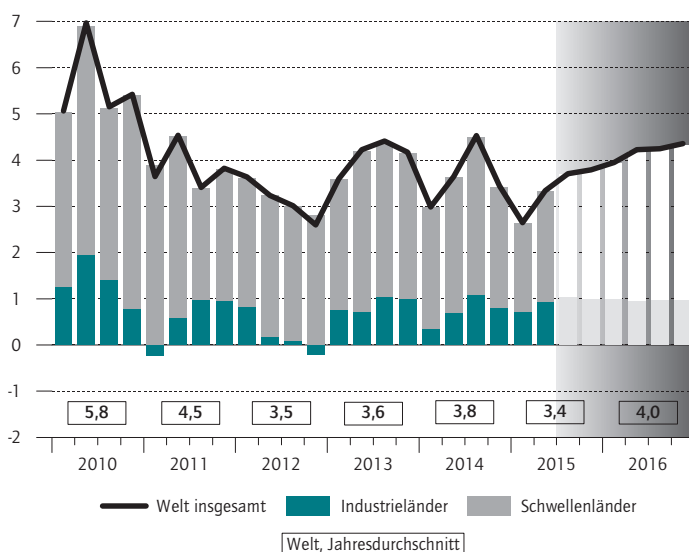
Das geldpolitische Umfeld wird trotz einer zu erwartenden Zinsanhebung in den USA in diesem Jahr global sehr expansiv bleiben. Im Euroraum und in Japan ist die Ausrichtung der Geldpolitik stark akkomodierend. In China hat die Zentralbank jüngst weitere konjunkturstützende Maßnahmen ergriffen. Im Vereinigten Königreich dürften erst im nächsten Jahr die Leitzinsen angehoben werden. Die Finanzpolitik wird global ebenfalls zum Wachstum beitragen.

Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft im Jahr 2015 bei 3,4 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 4,0 Prozent liegen (Tabelle 1). Die Teuerung bleibt in diesem Jahr bei 1,5 Prozent und steigt im nächsten Jahr, vor allem aufgrund der nicht mehr rückläufigen Energiepreise, auf zwei Prozent.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Zuwächse der Weltwirtschaft dürften sich im Prognosezeitraum etwas erhöhen.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
 In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Euroraum	-0,2	0,9	1,5	1,7	1,3	0,4	0,1	1,0	12,0	11,6	11,0	10,5
... ohne Deutschland	-0,6	0,4	1,5	1,6	1,3	0,3	0,1	0,8	14,0	13,8	13,2	12,4
... Frankreich	0,7	0,2	1,0	1,1	0,8	0,5	0,1	0,8	10,3	10,3	10,2	10,1
... Spanien	-1,2	1,4	3,2	2,7	1,4	-0,2	-0,3	0,6	26,1	24,4	22,2	20,0
... Italien	-1,7	-0,4	0,7	1,2	1,3	0,2	0,3	0,8	12,1	12,6	12,5	11,7
... Niederlande	-0,4	1,0	1,9	1,9	2,6	0,3	0,5	1,4	7,3	7,4	6,8	6,4
Vereinigtes Königreich	1,7	3,0	2,4	2,2	2,5	1,5	0,2	1,6	7,5	6,1	5,5	5,3
USA	1,5	2,4	2,5	2,8	1,5	1,6	0,3	1,6	7,4	6,2	5,3	4,9
Japan	1,6	-0,1	1,0	1,5	0,3	2,8	0,8	0,4	4,0	3,6	3,6	3,8
Südkorea	2,9	3,3	2,5	3,4	1,3	1,3	0,8	1,7	3,1	3,6	3,4	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,6	3,0	3,6	3,5	1,4	0,3	-0,2	1,2	9,5	8,4	7,6	7,1
Türkei	4,2	2,9	3,1	3,3	7,6	8,9	7,8	7,7	8,9	10,1	10,3	10,3
Russland	1,4	0,7	-3,5	-0,4	6,6	7,9	15,3	7,3	5,5	5,2	5,9	6,5
China	7,7	7,4	6,5	6,5	0,0	-0,6	-1,3	-1,1	3,9	3,8	3,8	3,8
Indien	6,4	7,2	7,1	7,2	6,8	4,3	1,6	6,1				
Brasilien	2,7	0,2	-2,2	0,8	6,2	6,3	8,2	5,4	5,4	4,9	5,7	5,1
Mexiko	1,6	2,1	2,5	3,3	3,8	4,0	2,8	3,2	4,9	4,8	4,6	4,8
Industrieländer	1,1	1,8	2,1	2,4	1,3	1,4	0,3	1,3	7,9	7,0	6,4	6,1
Schwellenländer	5,5	5,4	4,4	5,1	2,9	2,4	2,4	2,6	4,9	4,8	4,9	4,9
Welt	3,6	3,8	3,4	4,0	2,2	2,0	1,5	2,0	6,2	5,8	5,6	5,4

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2015.

© DIW Berlin 2015

Die Risiken für die Weltkonjunktur haben jedoch zuletzt zugenommen. Insbesondere könnten sich die Finanzierungsbedingungen für Schwellenländer im Zuge der US-Zinswende unerwartet stark verschlechtern. Bei Wachstumsraten, die weiterhin deutlich unterhalb der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Raten liegen, könnte dies die Tragfähigkeit der insgesamt hohen privaten Verschuldung in diesen Ländern gefährden. Zusätzlich besteht die Gefahr unerwartet hoher Wechselkursverluste bei Währungen von Schwellenländern, welche die Bedienung und Refinanzierung ihrer Auslandsverschuldung in Fremdwährung erschweren könnte. Ein Risiko für die Prognose besteht auch in einem erneuten Anstieg der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Integration oder einer anhaltend niedrigen Inflationsrate im Euroraum. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass es der chinesischen Regierung nicht gelingt, die Konjunktur ausreichend zu stimulieren, sollte sich das Wirtschaftswachstum im Reich der Mitte deutlich stärker als erwartet reduzieren. Auch besteht erhebliche Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Ölpreises, da sich auf dem Ölmarkt nach dem starken Preisverfall des vergangenen Jahres noch kein stabiles neues Gleichgewicht eingestellt hat.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal deutlich, um annualisiert 3,7 Prozent, zugelegt. Die US-Wirtschaft ist damit auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt, nachdem die Wachstumsrate im ersten Quartal aufgrund von Sondereffekten, insbesondere dem ungewöhnlich kalten Winter und einem Streik der Hafenarbeiter an der US-Westküste, lediglich 0,6 Prozent betragen hatte. Die privaten Konsumausgaben haben sich im zweiten Quartal merklich erhöht – wohl auch aufgrund einer durch die Aufwertung des Dollars und die niedrigen Ölpreise gestiegenen Kaufkraft. Zudem dürften nach dem schwachen Konsumwachstum im ersten Quartal Nachholeffekte eine Rolle gespielt haben. Auch die Unternehmensinvestitionen haben deutlich zugelegt, obwohl die Investitionen im Erdölsektor aufgrund der niedrigen Ölpreise rückläufig waren.

Der private Konsum wird auch in den kommenden Quartalen ein Wachstumstreiber der US-Wirtschaft sein; die Kaufkraft wird durch die stark gesunkenen Ölpreise und die kontinuierliche Erholung am Arbeits-

markt getragen. In den vergangenen zwölf Monaten wurden durchschnittlich 247 000 neue Stellen geschaffen. Dies vermochte den Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mehr als auszugleichen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im August noch bei 5,1 Prozent. Zwar deuten einige Indikatoren darauf hin, dass sich der Arbeitsmarkt noch nicht vollständig von den Folgen der Finanzkrise erholt hat.¹ Im Prognosezeitraum wird sich die schrittweise Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt aber fortsetzen und dies wird die im Trend leicht ansteigenden verfügbaren Einkommen weiter erhöhen.

Alles in allem dürfte die Arbeitsmarktsituation dazu beitragen, dass der private Verbrauch weiterhin der wichtigste Wachstumstreiber der US-Wirtschaft bleibt; auch der Wohnungsbau, der in den vergangenen Quartalen bereits deutlich zugelegt hat, dürfte angeschoben werden. Vor dem Hintergrund der kräftigen Konsumnachfrage und einer zuletzt wieder steigenden Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen die günstigen Finanzierungsbedingungen nutzen, um ihre Investitionen merklich auszuweiten. Auch die Importe werden – getrieben durch den privaten Konsum und die Einfuhr von Vorleistungsgütern – zulegen. Da sich die Exporte aufgrund der Stärke des US-Dollars verhalten entwickeln, wird sich das Leistungsbilanzdefizit entgegen dem Trend der vergangenen Jahre nicht weiter reduzieren.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung dürfte die US-Notenbank im laufenden Jahr anfangen, ihre Leitzinsen anzuheben. Die Geldpolitik wird aber weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben: im Prognosezeitraum dürften die Leitzinsen nur leicht und schrittweise erhöht werden – der Preisdruck bleibt im laufenden Jahr noch gering und auch im Jahr 2016 wird die Inflation nicht über zwei Prozent steigen. Auch die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum, der durch den Präsidentschaftswahlkampf geprägt sein wird, nicht restriktiv ausgerichtet sein. Alles in allem wird die US-Wirtschaft in diesem Jahr wohl um 2,5 Prozent zulegen. Im Jahr 2016 dürfte die Wachstumsrate bei 2,8 Prozent liegen.

Japan

In Japan ist die Produktion im zweiten Quartal um 0,4 Prozent geschrumpft, nach einem Zuwachs von 1,0 Prozent am Jahresbeginn. Die privaten Konsumausgaben waren zuletzt um 0,8 Prozent niedriger als im

Vorquartal. Wenngleich dieser Rückgang auch durch das schlechte Wetter überzeichnet sein kann, haben vor allem die nur moderaten Lohnsteigerungen zur schwachen Konsumkonjunktur beigetragen. Der Preisanstieg bei Lebensmitteln hat die Kaufkraft der Haushalte zudem maßgeblich reduziert. Japan importiert einen großen Teil seiner Lebensmittel. Diese hatten sich durch den schwachen Yen verteuert. Die Exporte wurden von der Abwertung kaum stimuliert. Die bröckelnde Nachfrage in wichtigen Abnehmerländern, allen voran China, hat die Ausfuhren gedrosselt. Angesichts des schwachen konjunkturellen Umfelds nahmen die Anlageinvestitionen weiterhin keine Fahrt auf.

Die Entwicklung spricht nicht für einen durchschlagenden Erfolg der sogenannten Abenomics, mit denen die Regierung versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Impulse wie die massive Geldflutung durch die japanische Zentralbank, Konjunkturprogramme und die Abwertung des Yen haben bisher nicht zu einem selbsttragenden Aufschwung geführt. Die Investitionen kommen trotz negativer Realzinsen nicht in Gang und der private Verbrauch wird durch niedrige Lohnzuwächse gebremst. Aktuell steht eine Anhebung der Mindestlöhne zur Debatte, die die Verbrauchsausgaben stimulieren soll. Davon dürften einige Teilzeitbeschäftigte und temporäre Arbeitskräfte profitieren. Zusätzliche Konjunkturprogramme sind ebenfalls auf der Agenda. Allerdings machen es solche Maßnahmen umso schwieriger, die Staatsverschuldung abzubauen, die sich mit 250 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bereits auf Rekordniveau befindet.

Im weiteren Verlauf ist mit einer moderaten Entwicklung zu rechnen. Immerhin deuten einige Frühindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex auf eine Verbesserung hin. Bei den Konsumausgaben ist kurzfristig ein leicht positiver Impuls von der Anhebung der Mindestlöhne zu erwarten. Alles in allem dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei 1,0 Prozent liegen. Für das nächste Jahr, wenn die Exporte infolge einer allmählichen Erholung der Weltwirtschaft wieder anziehen, wird ein Zuwachs von 1,5 Prozent erwartet.

China

In China konnte die Produktion im zweiten Quartal um 1,7 Prozent expandieren, nach 1,4 Prozent im Vorquartal. Die Konsumausgaben haben leicht überdurchschnittlich zugelegt. Während sich die Exporte in die USA noch dynamisch entwickelten, sind die Exporte in den Euroraum wegen der geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte ausgebremst worden. Der Renminbi hatte sich seit Jahresbeginn um 20 Prozent gegenüber dem Euro verteuert. Die jüngste Abwertung

¹ Die Quote der Unterbeschäftigten – also jene in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit ausweiten möchten – liegt auf historisch hohem Niveau. Zudem ist weiterhin die Zahl jener groß, die sich zumindest vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

der chinesischen Währung hat diesen Effekt nur zum Teil kompensiert. Die Investitionen der Unternehmen werden von den bestehenden Überkapazitäten belastet.

Der Einkaufsmanagerindex des nationalen Statistikamtes ist für die Industrie zuletzt leicht gesunken und liegt nun knapp unter der Expansionsschwelle, der Index für Dienstleistungsunternehmen deutlich darüber. Insgesamt weist dies auf eine nach wie vor robuste Konjunktur hin.

Von den jüngsten Turbulenzen am chinesischen Finanzmarkt sind keine erheblichen Konjunkturfolgen zu erwarten, da nur ein sehr geringer Teil der chinesischen Bevölkerung Aktien hält. Die Aktienmarktentwicklung war durch massive Übertreibungen charakterisiert. So hatte der Aktienindex der Börse in Shanghai seit Sommer letzten Jahres um 150 Prozent zugelegt, ohne dass sich die Wachstumsaussichten maßgeblich verbessert hätten. Diese Blase ist zur Jahresmitte 2015 geplatzt und der Index um rund 40 Prozent eingebrochen. Dabei haben Sorgen vor einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur eine wesentliche Rolle gespielt. Tatsächlich hatte sich die Industrieproduktion in den letzten Monaten nur schwach entwickelt.

Im unwahrscheinlichen Fall einer starken Reduzierung des Wachstums ist mit konjunkturstabilisierenden Maßnahmen der Regierung zu rechnen. Allerdings ist man wohl bereit, eine moderate Abkühlung hinzunehmen, da sich Chinas Wirtschaft in einer Umbauphase befindet. Das Wachstum wird sich stärker auf den Konsum und die Dienstleistungsproduktion stützen. Insgesamt dürfte die Produktion in diesem und im nächsten Jahr wohl nur mit 6,5 Prozent expandieren.

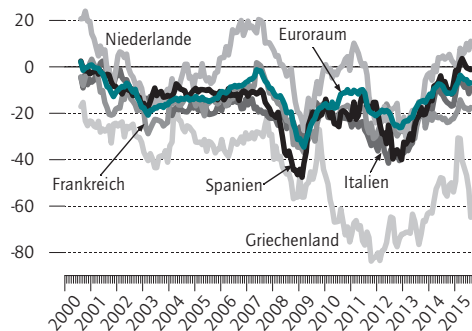
Euroraum

Die Erholung im Euroraum schreitet voran: Das Bruttoinlandsprodukt stieg im zweiten Quartal um 0,4 Prozent, nach 0,5 Prozent im ersten Quartal. Der private Konsum und der Außenhandel haben positiv zum Wachstum beigetragen, während die Investitionen zurückgingen. Das Umfeld ist insgesamt weiterhin günstig: Der Außenwert des Euro ist schwach, der Ölpreis niedrig, die Geldpolitik sehr expansiv und wichtige Handelspartner wie die USA und das Vereinigte Königreich wachsen kräftig. Zwar ist die Entwicklung in den Schwellenländern schleppend, dennoch sind die Exporterwartungen der Unternehmen stabil.

Der Konsum war auch im zweiten Quartal die größte Wachstumsstütze. Diese Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, da das Konsumentenvertrauen auf hohem Niveau liegt (Abbildung 2), die verfügbaren Einkommen weiter zulegen und die Beschäfti-

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2015

Das Konsumentenvertrauen hat sich zuletzt etwas eingetrübt, befindet sich aber weiter auf hohem Niveau.

gungserwartungen der Unternehmen darauf hindeuten, dass sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen dürfte.

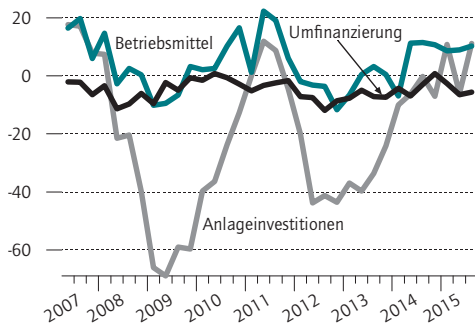
Die Bruttoanlageinvestitionen gingen im zweiten Quartal deutlich, um 0,5 Prozent, zurück. Der Einkaufsmanagerindex deutet jedoch auf eine etwas bessere Stimmung in den Unternehmen hin, die sich in einer günstigeren Entwicklung der Investitionen niederschlagen dürfte. Die Banken geben im Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank (EZB) an, dass Unternehmen wieder vermehrt Kredite zu Investitionszwecken nachfragen (Abbildung 3). Die Kapazitäten sind gemessen am langjährigen Durchschnitt normal ausgelastet und die Auftragseingänge vor allem für langlebige Konsumgüter zuletzt kräftig gestiegen. Dies lässt erwarten, dass die Unternehmen vor allem wegen der günstigen Entwicklung des Konsums zu Investitionen angeregt werden; die stabile Entwicklung der Exporte stützt ebenfalls.

Die Finanzpolitik dürfte im Prognosezeitraum insgesamt weniger restriktiv ausgerichtet sein. Aufgrund der hohen Schuldenstände besteht jedoch vielerorts anhaltend großer Konsolidierungsbedarf.

Die Inflationsraten im Euroraum sind weiterhin niedrig. Im August betrug die Teuerung den dritten Monat in Folge 0,2 Prozent, die Kernrate lag mit 1,1 Prozent etwas höher als in den vorangegangenen Monaten. In dieser Hinsicht zeigt das EZB-Aufkaufprogramm von Staatsanleihen also noch kaum sichtbare Effekte. Die Zentralbank hat daher deutlich gemacht, dass weitere Maßnahmen im Prognosezeitraum denkbar sind.

Abbildung 3

Bestimmungsfaktoren der Kreditnachfrage Saldo



Jeweils zum 1.5. des Jahres.

Quelle: EZB.

© DIW Berlin 2015

Die Unternehmen fragen wieder vermehrt Kredite zu Investitionszwecken nach.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums in diesem Jahr um 1,5 Prozent und im nächsten Jahr um 1,7 Prozent wachsen.

Frankreich

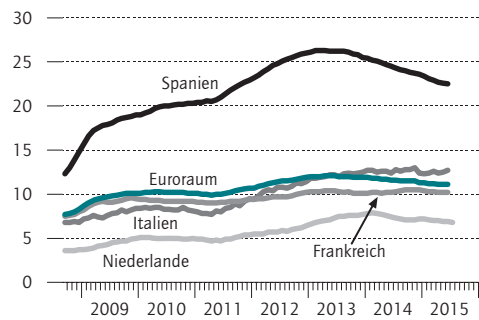
Das Bruttoinlandsprodukt stagnierte im zweiten Quartal. Vor allem der Konsum und die Investitionen waren schwach. Angesichts kräftig steigender verfügbarer Einkommen sowie einem leichten Anstieg der Beschäftigung dürfte der private Konsum in den kommenden Quartalen aber wieder mit etwas höheren Raten zulegen (Abbildung 4).

Bei den Unternehmensinvestitionen weisen der Einkaufsmanagerindex sowie die leicht unterausgelasteten Kapazitäten zunächst nicht auf eine kräftige Entwicklung hin. Der niedrige Ölpreis dürfte dazu beigetragen haben, dass sich die kleine Gewinnmarge der französischen Unternehmen vergrößert hat. Dies schafft Spielräume für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit und dürfte sich im Verlauf des kommenden Jahres in einer höheren Investitionsnachfrage niederschlagen.

Der schwache Euro hat den Export im zweiten Quartal stimuliert. Die Exporterwartungen deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen dürfte (Abbildung 5). Die Importe legen bei moderatem Konsum und erst im Verlauf steigenden Investitionen nur leicht zu, sodass der Außenhandel insgesamt leicht positiv zum Wachstum beiträgt.

Abbildung 4

Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2015

Die Arbeitslosigkeit geht langsam zurück.

Die Staatsverschuldung Frankreichs liegt bei etwas unter 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Defizit soll von 3,8 Prozent in diesem Jahr bis 2017 auf unter drei Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesenkt werden. Einsparungen in Höhe von 50 Milliarden Euro bis einschließlich 2017 sorgen dafür, dass die Finanzpolitik im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet ist.² Vor allem bei der Verwaltung der Sozialversicherung und Gebietskörperschaften sollen Einsparungen realisiert werden. Dem stehen in geringerem Umfang Entlastungen gegenüber, beispielsweise Steuererleichterungen für energetische Sanierungen und sinkende Beiträge zur Familienversicherung.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem und im nächsten Jahr um etwa ein Prozent ansteigen.

Italien

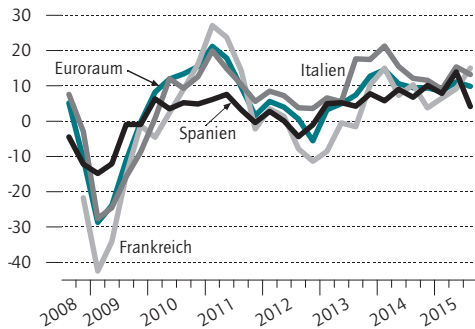
Die Erholung der italienischen Wirtschaft gewinnt allmählich an Breite. Im zweiten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt im Vorquartalsvergleich um 0,3 Prozent zu. Kräftig war insbesondere der private Verbrauch. Das Konsumentenvertrauen lag in den Sommermonaten über dem langjährigen Durchschnitt und deutet auf weitere Zuwächse hin. Moderate Lohnsteigerungen und die einsetzende Erholung am Arbeitsmarkt nach lan-

² In diesem Jahr sind Einsparungen in Höhe von 21 Milliarden Euro (etwa ein Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) geplant. 2016 und 2017 sollen in Summe weitere 29 Milliarden Euro folgen.

Abbildung 5

Exporterwartungen

Saldo



Jeweils zum 1.8. des Jahres.

Quelle: DG ECFIN.

© DIW Berlin 2015

Die Exporterwartungen im Euroraum sind stabil.

ger und tiefer Rezession dürften zu einer stetigen Aufwärtsentwicklung des Konsums beitragen. So sank die Arbeitslosenquote im Juli um 0,5 Prozentpunkte auf nun 12,0 Prozent, bei Zunahme der Beschäftigtenzahlen.

Die Investitionen fielen im zweiten Quartal gedämpft aus, insbesondere aufgrund bestehender freier Kapazitäten. Jedoch erwarten Banken laut EZB Bank Lending Survey eine deutliche Erholung der Kreditnachfrage der Unternehmen; auch aktuelle Einkaufsmanagerbefragungen deuten auf eine Expansion der Produktion hin. Damit dürfte sich im Verlauf des Jahres 2016 aufgrund der anziehenden Binnenkonjunktur und bei anhaltend positiven Rahmenbedingungen für die Exportnachfrage die Investitionstätigkeit allmählich beschleunigen.

Die italienischen Importe entwickeln sich derzeit dynamisch, unter anderem durch die gestiegene Nachfrage nach importintensiven langlebigen Konsumgütern. Die etwas anziehende Konjunktur im Euroraum und der schwache Außenwert des Euro werden auch die Exporte weiter anschieben. Die Finanzpolitik bleibt weitgehend neutral ausgerichtet. Das laufende Defizit dürfte sich auf rund zwei Prozent reduzieren; auch der Schuldenstand geht zum Ende des Prognosehorizonts langsam zurück.

Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr 0,7 Prozent betragen. Für das kommende Jahr ist mit 1,2 Prozent zu rechnen.

Spanien

Die kräftige Erholung der spanischen Wirtschaft setzte sich nach 0,9 Prozent im ersten Quartal mit einer Wachstumsrate von einem Prozent im zweiten Quartal fort. Der private Verbrauch, aber auch die Investitionen trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei.

Es zeigt sich, dass die Arbeitsmarktreformen der Regierung zu niedrigeren Arbeitskosten und damit verbunden zu Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Unternehmen geführt haben.³ Steigende Unternehmensumsätze, eine günstige Gewinnquote und im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt ausgelastete Kapazitäten führen dazu, dass Unternehmen vermehrt investieren und Beschäftigung aufbauen. Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, der deutliche Anstieg der verfügbaren Einkommen sowie eine gute Stimmung bei den Konsumenten sprechen außerdem dafür, dass sich der private Konsum kräftig entwickelt.

Die günstige Entwicklung der wichtigen Handelspartner Vereinigtes Königreich und USA sorgten im zweiten Quartal zusammen mit dem geringen Außenwert des Euro für einen kräftigen Anstieg der Exporte. Spanien exportiert mehr als zehn Prozent seiner Waren und Dienstleistungen in diese Länder. Diese Entwicklung dürfte anhalten, wenn auch mit etwas gemäßigtem Tempo; die Exporterwartungen sind zuletzt etwas zurückgegangen. Der kräftige Konsum sowie der hohe Importanteil der Exporte führen zu entsprechend hohen Einfuhren. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels dürfte daher nur leicht positiv sein.

Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung die weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen erleichtert, liegt die Staatsverschuldung noch immer bei über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch das Defizit wird in diesem Jahr mit über vier Prozent wohl deutlich über dem Maastricht-Kriterium liegen. Gebremst wird die Konsolidierung derzeit durch die Ende des Jahres stattfindenden Parlamentswahlen und die Abstimmung der Katalanen über eine mögliche Abspaltung von Spanien. In diesem und im nächsten Jahr dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei rund drei Prozent liegen.

Niederlande

In den Niederlanden ist das vergleichsweise schwache zweite Quartal mit einem Wachstum von 0,1 Prozent Wachstum auch auf eine einmalige Reduktion der Erdgasproduktion durch nationale Vorgaben zurück zu

³ Arbeitgeber können beispielsweise bei objektiven wirtschaftlichen Gründen Löhne oder Arbeitszeiten einseitig ändern. Zudem gab es erhebliche Einschnitte beim Kündigungsschutz.

führen.⁴ Die inländische Nachfrage ist jedoch robust und dürfte im Prognosezeitraum an Dynamik hinzugewinnen.

Das Konsumentenvertrauen deutet auf einen anziehenden privaten Verbrauch hin; so groß wie im August war das Vertrauen der Konsumenten zuletzt im Jahr 2007. Gestützt wird diese Zuversicht durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Zwischen Januar und August hat die Beschäftigung um etwa 20 000 Stellen zugenommen (0,25 Prozent). Die Arbeitslosigkeit geht langsam aber stetig zurück; die Quote lag im Juli bei 6,8 Prozent.

Die Investitionen dürften weiterhin deutliche Zugewinne verzeichnen. Die Erholung am Immobilienmarkt wird die Bautätigkeit befördern; Einkaufsmanagerbefragungen deuten darüber hinaus auf steigende Unternehmensinvestitionen hin. Auch vom Außenhandel kommen positive Impulse. Die Exporte dürften aufgrund des robusten Wirtschaftswachstums wichtiger Handelspartner wie Deutschland, Großbritannien und den USA weiter zulegen, nicht zuletzt aufgrund des geringen Außenwerts des Euro. Mit dem Anziehen der Binnenkonjunktur dürfte der Anstieg der Importe die Exporte sogar noch leicht übertreffen. Bei einer moderaten Konsolidierung der Staatsfinanzen wird die Finanzpolitik weitgehend neutral ausgerichtet bleiben.

Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von knapp zwei Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum ähnlich hoch ausfallen.

Vereinigtes Königreich

Der Aufschwung im Vereinigten Königreich ist weiterhin robust. Im zweiten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um kräftige 0,7 Prozent hinzu. In der zweiten Jahreshälfte wird die Dynamik nur wenig an Schwung verlieren.

Der private Konsum dürfte die Konjunktur weiterhin stützen, auch wenn sein Expansionstempo leicht zurückgeht. Dies legen sowohl die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung als auch die Konsumenten-zuversicht nahe. Die Reallöhne steigen weiter, wenn auch mit abnehmenden Raten. Die Zahl der Beschäftigten ist im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 63 000 gesunken (0,20 Prozent der Beschäftigten); die Arbeitslosenquote stagnierte bei 5,6 Prozent.

⁴ Aufgrund von Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit Erdbeben hervorgerufen durch die Exploration der Erdgasvorkommen bei der Stadt Groningen wurden das Fördervolumen auf 16,5 Milliarden Kubikmeter in der ersten Jahreshälfte 2015 beschränkt, siehe <https://www.government.nl/ministries/ministry-of-economic-affairs/news/2015/06/23/groningen-gas-extraction-further-reduced-to-30-billion-cubic-metres-in-2015>.

Die Beschäftigungsentwicklung dürfte jedoch in den kommenden Quartalen wieder leicht aufwärts gerichtet sein, wenn die Binnenkonjunktur weiter anzieht.

Die Unternehmensinvestitionen legen weiter zu, selbst der Rückgang der Investitionen im Mineralölsektor ist mit 3,9 Prozent im Vorquartalsvergleich angesichts des niedrigen Ölpreises nur moderat ausgefallen. Trotz hoher Unsicherheit mit Blick auf das EU-Referendum deuten die Einkaufsmanagerbefragungen auf eine fortgesetzte Expansion der Investitionstätigkeit hin – vor allem im Dienstleistungs- und Bausektor, weniger kräftig im verarbeitenden Gewerbe. Der hohe Wechselkurs des britischen Pfund dürfte die Exporte im Prognosezeitraum dämpfen; von einer konjunkturellen Belebung im Euroraum profitiert die britische Wirtschaft daher nur wenig.

Die Teuerung lag im Juli mit 0,1 Prozent deutlich unter dem Inflationsziel der Bank of England; die Kerninflation betrug hingegen 1,2 Prozent. Die Inflation dürfte im Verlauf des kommenden Jahres merklich anziehen. Mit einer Anhebung der Leitzinsen ist frühestens für die erste Jahreshälfte 2016 zu rechnen. Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Alles in allem dürfte die Wirtschaft im Vereinigten Königreich im laufenden Jahr um 2,4 Prozent wachsen, während es im Jahr 2016 2,2 Prozent sein dürften.

Mittel- und Osteuropa

Das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften hat sich im zweiten Quartal insgesamt etwas abgeschwächt. Dabei war die Wirtschaftsleistung in Tschechien und Rumänien, die ein besonders starkes Auftaktquartal aufwiesen, im zweiten Quartal deutlich schwächer. Polen als größte Volkswirtschaft der Region blieb weiter auf wirtschaftlichem Expansionskurs. In den meisten Ländern war das Wachstum auf die robuste Inlandsnachfrage zurückzuführen. Vom Außenhandel kamen hingegen nur schwache Impulse; meist zogen die Importe stärker an als die Exporte.

Auch weiterhin dürfte eine starke Binnenkonjunktur das Wachstum stützen, vor allem der private Konsum. Hierfür spricht, dass sich in den meisten Ländern die Lage am Arbeitsmarkt verbessert. Zudem steigen die Realeinkommen angesichts der geringen Teuerungsraten; die Inflation war in Polen, Rumänien und Bulgarien zuletzt negativ. Die Investitionen dürften ebenfalls steigen – das Zinsniveau in der Region ist niedrig und die Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet; Ungarn hat in weiteren Schritten den Leitzins bis Ende Juli um insgesamt 0,3 Punkte auf 1,35 Prozent gesenkt.

Die Außenhandelsstruktur der Länder verschiebt sich weiter zugunsten der Europäischen Union und der Schwellenländer. Demgegenüber sinkt die Bedeutung Russlands zum einen als Folge der Sanktionen sowie des russischen Importverbots. Zum anderen haben die Währungen der osteuropäischen Länder gegenüber dem Rubel aufgewertet. Insgesamt bleibt das Wirtschaftswachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Prognosezeitraum stabil.

Russland

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Russland hält an: Der Ölpreis ist im Sommer weiter gesunken, die Sanktionen wurden bis Anfang nächsten Jahres verlängert und das Importverbot für bestimmte Agrarprodukte und Lebensmittel besteht fort.

Das russische Bruttoinlandsprodukt ist in den ersten sieben Monaten 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,6 Prozent gesunken. Die Investitionen sind zurückgegangen. Auch der private Konsum dürfte angesichts rückläufiger Reallöhne und sinkender Einzelhandelsumsätze eingeschränkt worden sein. Das Im-

portverbot und die Sanktionen haben zu einer starken Kontraktion der Einfuhren beigetragen. Bei den russischen Ausfuhren dominieren Energieträger; die Erlöse daraus sind zuletzt aufgrund des erneut rückläufigen Ölpreises gesunken. Dies hat dazu beigetragen, dass der Rubel gegenüber dem Dollar stark abgewertet hat; der Kurs sank bis Ende August 2015 unter den Tiefststand von Anfang Dezember 2014. Die gestiegenen Importpreise und das russische Importverbot dürften auch künftig die Einfuhren dämpfen, während die russischen Ausfuhren – überwiegend Mineralöl und Erdgas – angesichts des derzeit weltweit hohen Angebots an Energieträgern nicht merklich gesteigert werden können.

Die Inlandsnachfrage dürfte schwach bleiben. Der private Konsum wird bei sinkenden Reallöhnen nicht zulegen. Die Zentralbank hat trotz hoher Inflation den Leitzins Anfang August gesenkt. Aufgrund der schwierigen Finanzierungsbedingungen werden sich die Investitionen ebenfalls zunächst nicht erholen. Der private Kapitalexport hält an, auch wenn er sich zuletzt verlangsamt hat. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion dieses Jahr deutlich, um 3,5 Prozent, zurückgehen und im nächsten Jahr immer noch leicht schrumpfen.

Deutsche Wirtschaft: Starker Konsum stützt Wachstum

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs. In den vergangenen Quartalen war der Konsum ein wichtiger Treiber der Konjunktur (Tabelle 2); die Zuwächse waren und bleiben deutlich über dem langjährigen Mittel. Dies und die etwas anziehenden Investitionen dürften im Prognosezeitraum auch bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion für leicht überdurchschnittliche Raten sorgen. Die Ausfuhren folgten ihrem Aufwärtstrend; zuletzt war der Anstieg kräftig – wohl auch, weil deutsche Exporteure von der Abwertung des Euro profitierten (Abbildung 6). Zwar dämpft die wirtschaftliche Abkühlung in vielen Schwellenländern die Exportaussichten der deutschen Unternehmen, gleichzeitig entwickeln sich aber wichtige Industrieländer – auch der Euroraum – dynamischer. Da die Impulse der Wechselkursabwertung auslaufen, dürfte der Zuwachs der Exporte im kommenden Jahr geringer ausfallen. Damit entwickeln sich die Ausfuhren im Gleichschritt mit der Expansion der Weltwirtschaft, die sich nach der Finanzkrise auf einem niedrigeren Wachstumspfad bewegt. Die Importe steigen aufgrund der schwungvollen Binnenkonjunktur kräftig. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich trägt

der Außenhandel per saldo zum Wachstum bei, im weiteren Verlauf allerdings kaum noch. Die gesunkenen Energiepreise drücken im Jahresdurchschnitt 2015 die Importkosten, so dass der Leistungsbilanzsaldo in Relation zur Wirtschaftsleistung auf über acht Prozent steigen und im kommenden Jahr bei annähernd achteinhalb Prozent liegen dürfte (Tabelle 3).

Schon die etwas moderatere Gangart der Weltwirtschaft und die dadurch gedämpfteren Exportperspektiven sprechen für insgesamt eher verhaltene Investitionen. Zudem sind die Verschiebung der Wachstumskräfte hin zu den Industrieländern und die Eintrübung der Wachstumserwartungen für China mit Unsicherheiten verbunden; hinzu kommen Sorgen hinsichtlich der Entwicklung des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums und Unwägbarkeiten aufgrund geopolitischer Konflikte. Im weiteren Verlauf jedoch werden die in der Industrie ausgelasteten Kapazitäten Impulse für die Investitionstätigkeit liefern. Darüber hinaus dürfte die kräftige Binnenkonjunktur Investitionen bei den Dienstleistern anregen. Die Bauinvestitionen setzen ihren Aufwärtstrend

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,2	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,3	0,9	0,8	0,6	0,6	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	-1,5	-0,7	1,3	1,7	-0,4	0,2	0,5	0,6	0,8	0,9	0,9
Ausrüstungen	-0,2	0,9	-1,9	2,6	1,9	0,1	0,2	0,5	1,0	1,2	1,2	1,2
Bauten	4,4	-3,8	-0,4	0,6	1,8	-1,2	0,1	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Sonstige Investitionen	1,9	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,4	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	0,0	0,4	-0,7	0,0	-0,1	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	0,1	-0,4	1,0	0,6	-0,3	0,5	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,2	0,5	-0,3	-0,2	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	0,4	0,4	1,5	1,4	1,2	2,2	1,0	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Import	0,6	0,9	0,4	2,3	1,9	0,8	1,1	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	0,6	0,3	0,4	0,5	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

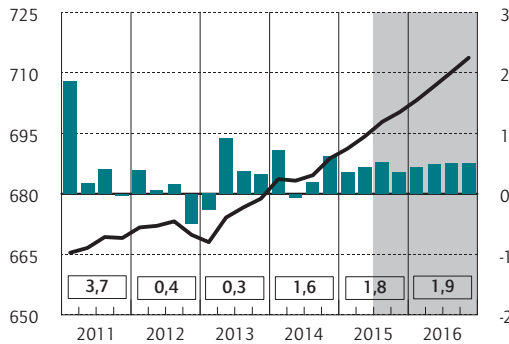
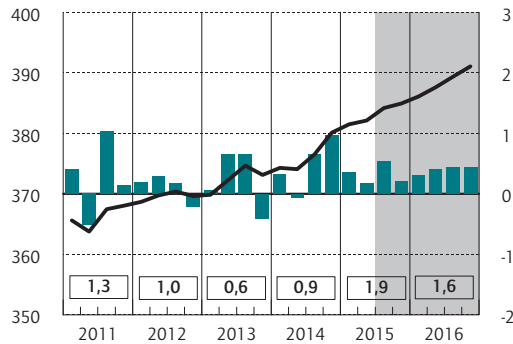
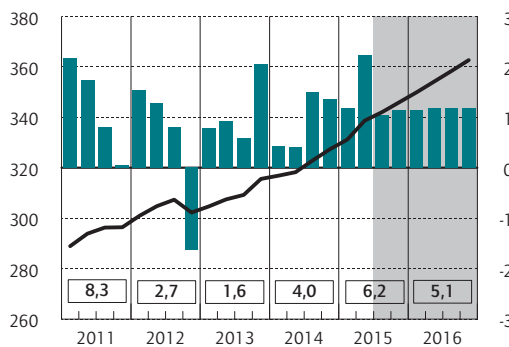
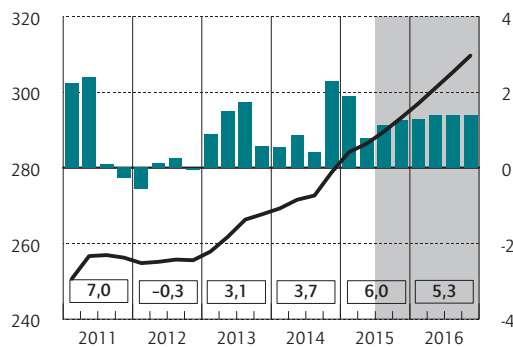
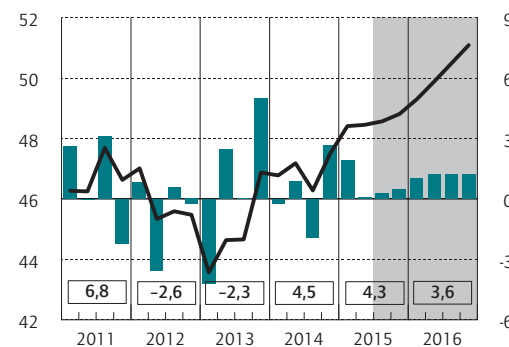
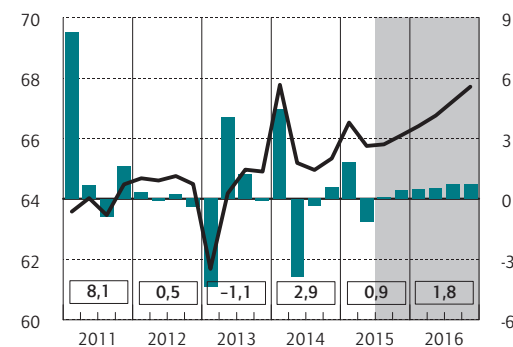
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab drittem Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

Abbildung 6

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem dritten Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

fort, wenngleich etwas weniger dynamisch. Bei günstigen Finanzierungsbedingungen und niedrigen Renditen alternativer Anlagen bleiben Wohnungsbauinvestitionen gefragt; allerdings haben die Immobilienpreise bereits kräftig angezogen. Zudem werden im Verlauf auch die

öffentlichen Investitionen erhöht und vor allem im kommenden Jahr zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

In diesem Umfeld wird die Wertschöpfung in der Industrie moderat ausgeweitet. Das Wachstum tragen

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,7	0,4	0,3	1,6	1,8	1,9
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	41 577	42 060	42 328	42 703	42 894	43 083
Erwerbslose, ILO	2 398	2 223	2 182	2 092	1 958	1 987
Arbeitslose, BA	2 976	2 897	2 950	2 898	2 794	2 843
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,8	5,4	5,2	5,0	4,7	4,7
Arbeitslosenquote, BA ²	7,1	6,8	6,9	6,7	6,4	6,4
Verbraucherpreise ³	2,1	2,0	1,5	0,9	0,4	1,4
Lohnstückkosten ⁴	0,5	3,1	2,0	1,6	1,5	1,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-25,9	-2,4	-3,1	8,9	23,6	19,7
In Prozent des BIP	-1,0	-0,1	-0,1	0,3	0,8	0,6
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	6,1	6,8	6,4	7,4	8,2	8,4

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG); einschließlich Erlöse aus Versteigerungen.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2015 und 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

dürften im Prognosezeitraum vor allem die Dienstleistungsbereiche. Unternehmensnahe Dienstleister profitieren vom Aufwärtstrend in der Industrie. Insbesondere die konsumnahen Bereiche dürften sich kräftig entwickeln: Der private Verbrauch wird wohl spürbar zunehmen, auch weil die Löhne weiter anziehen. Hinzu kommt die zusätzliche Konsumnachfrage infolge der höheren Zahl von Flüchtlingen. Insgesamt legen die verfügbaren Einkommen merklich zu. Im laufenden Quartal stärken zudem die zuletzt wieder gesunkenen Energiepreise die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr mit 0,4 Prozent niedrig ausfallen und auch im kommenden Jahr mit nur 1,4 Prozent gering sein.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr weiter sinken, auf 6,4 Prozent, und im kommenden Jahr auf diesem Niveau verharren – trotz der zunehmenden Zahl an Zuwanderern.

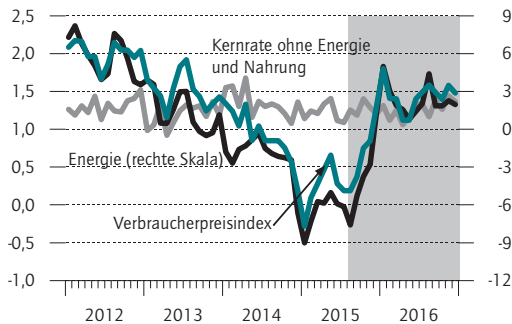
Die Zahl der Einwohner in Deutschland sinkt bereits seit der Jahrtausendwende. Diese Entwicklung war auf dem Arbeitsmarkt kaum spürbar, weil die Erwerbsbeteiligung zunahm – insbesondere bei Älteren. Nunmehr schlägt die natürliche Bevölkerungsentwicklung immer stärker durch, sodass 2015 erstmals die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland sinken würde. Allein aufgrund der Migration wird im Prognosezeitraum die Zahl der Erwerbspersonen steigen; anerkannte Flüchtlinge, die eine Beschäftigung suchen, werden daran in-

des den kleineren Teil ausmachen: Ausgegangen wird für die vorliegende Prognose davon, dass bis Jahresende knapp 800 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen; diese müssen – bei begrenzten Bearbeitungskapazitäten – zunächst im Asylverfahren erfasst und deren Anträge – mit einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von unterstellt sechs Monaten – bewilligt werden. Diejenigen, deren Antrag anerkannt wird, werden im Laufe des kommenden Jahres zum Teil versuchen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Entsprechend vorliegender Informationen zur Altersstruktur und dem Erwerbsverhalten dürften dies im Jahresdurchschnitt 2016 gut 120 000 Personen mehr als in diesem Jahr sein. Im laufenden Jahr wird der Anstieg aufgrund der Bearbeitungsdauer der Asylanträge mit nicht einmal 50 000 Personen erheblich geringer ausfallen. Die Migration aus den übrigen EU-Ländern dagegen erhöht die Zahl der Erwerbspersonen per saldo um etwa ¼ Million.

Der Ausgabekurs der öffentlichen Hand ist seit einiger Zeit deutlich gelockert. Die Einnahmendynamik war jedoch bisher groß genug, die Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt nach und nach steigen zu lassen. Dabei verschoben sich die positiven Finanzierungssalden von den Sozialversicherungen hin zu den Gebietskörperschaften und der Bundeshaushalt war im Jahr 2014 entgegen den Planungen ausgeglichen. Die öffentlichen Kassen sind damit gut gefüllt, die jetzt anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Der Zustrom von Flüchtlingen wird zu deutlichen Ausgaben-

Abbildung 7

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Verbraucherpreise ziehen zum Jahresende wieder an.

steigerungen bei Bund, Ländern und Kommunen führen. Trotz der Mehrausgaben wird sich der Überschuss im Gesamthaushalt im laufenden Jahr mehr als verdoppeln. Bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen liegt er bei 18,5 Milliarden Euro oder 0,6 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr wird der Finanzierungssaldo knapp 20 Milliarden Euro betragen; gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er bei ebenfalls 0,6 Prozent.

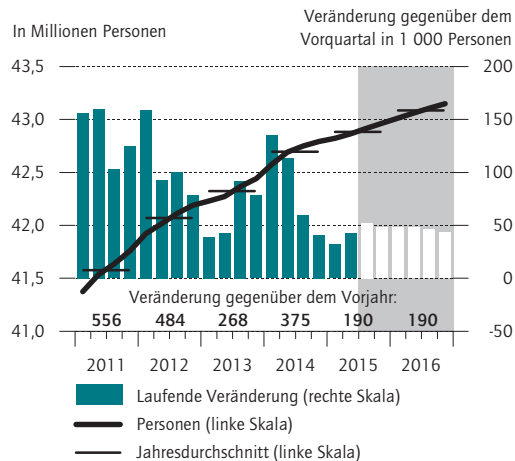
Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird in diesem Jahr das Tempo des Vorjahres halten können. Aufgrund zusätzlicher Arbeitstage wird es mit 1,8 Prozent sogar noch darüber liegen. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,9 Prozent ausgeweitet werden. Damit hat sich die Einschätzung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos im Vergleich zur Sommerprognose des DIW Berlin nicht geändert. Allerdings führt die zuletzt kräftige Exportentwicklung in diesem Jahr zu einem höheren Beitrag des Außenhandels. Im kommenden Jahr entwickelt sich dagegen der private Verbrauch kräftiger als bislang unterstellt. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr in etwa normal ausgelastet sein, im kommenden Jahr übersteigt das Wachstum die kräftige Entwicklung des Potentials geringfügig.

Inflation zieht zum Jahresende an

Die Verbraucherpreise stiegen im Frühjahr mit 0,5 Prozent wieder stärker; das lag vor allem an den Energiepreisen. Diese haben zuletzt aber wieder nachgegeben und

Abbildung 8

Erwerbstätige



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Beschäftigungsaufbau setzt sich nach Dämpfer zum Jahreswechsel 2014/15 fort.

die Teuerungsrate im August auf 0,2 Prozent gedrückt. Demgegenüber lag die Kerninflation, also die Teuerungsrate ohne Energiepreise, im August bei 1,3 Prozent (Abbildung 7). Damit dominieren die Energiepreise weiterhin die Dynamik der Verbraucherpreise.

Die Kerninflation hat im Frühjahr unter dem Einfluss des schwachen Euro und steigender Importpreise sowie der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns etwas angezogen. Diese Effekte dürften gegen Ende des Sommers ausgelaufen sein. Angesichts der regen Konsumnachfrage werden die Unternehmen weiterhin steigende Kosten an die Verbraucher weitergeben. Arbeitsintensive Güter und Dienstleistungen dürften angesichts steigender Löhne einen stärkeren Preisauftrieb erfahren; die erheblich gesunkenen Energiepreise (Kasten 1) dürften über gesunkene Produktionskosten aber nach und nach an die Verbraucher weitergereicht werden und damit den Preisauftrieb dämpfen. Alles in allem wird sich die Kerninflation im Prognosezeitraum trotz eines insgesamt sehr günstigen konjunkturellen Umfelds weiter nur moderat entwickeln. Die Inflation ohne Energie dürfte in diesem Jahr bei 1,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,3 Prozent.

Insgesamt ist die Verbraucherpreisinflation in diesem Jahr mit 0,4 Prozent niedrig. Zum Jahresende führt der Basiseffekt in der Energiekomponente wieder zu einem stärkeren Preisauftrieb und die Inflation zieht etwas an. Die Inflation liegt im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2015 bei 0,6 Prozent und steigen auch im kommenden Jahr wenig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 1. September. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Anstieg im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöh-

ne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zu, im kommenden Jahr um 2,7 Prozent

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). In beiden Jahren werden der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht und das Kindergeld wird angehoben. Für das kommende Jahr hat die Politik angekündigt, die durch die kalte Progression bedingten Mehreinnahmen in den Jahren 2014 und 2015 mittels Tarifanpassungen an die Steuerzahler zurückzugeben. Zudem plant die Politik, in dieser Legislaturperiode die Mittel für investive Maßnahmen zu erhöhen. Auf Bundesebene dürften bereits im laufenden Jahr mehr Gelder verausgabt werden und im kommenden Jahr weitere Projekte – vor allem bei der Verkehrsinfrastruktur – eingeleitet werden. Außerdem hat der Bund in diesem Jahr ein Sondervermögen gegründet, mit dessen Hilfe Investitionen in finanzschwachen Kommunen finanziert werden sollen. Die Sozialversicherungen tätigen vor allem im laufenden Jahr vermehrt Ausgaben. In der ersten Jahreshälfte fallen erstmals Ausgaben aufgrund der Mitte vergangenen Jahres in Kraft getretenen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung an. Auch bei der Pflegeversicherung sind die Leistungen zu Beginn des Jahres ausgeweitet worden. Alles in allem wird der finanzpolitische Impuls in diesem Jahr bei 0,6 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 0,2 Prozent.

In der Wirkung wird die Finanzpolitik allerdings deutlich expansiver ausgerichtet sein. In beiden Jahren werden vermehrt Ausgaben anfallen, die durch den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und die sich anschließenden Asylverfahren bedingt sind (Kasten 2).

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2014	2015	2016
EZB-Leitzins	Prozent	0,2	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,0	0,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,8	1,1	1,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,2	0,6	1,0
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,32	1,11	1,11
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	3,0	2,3	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	99,4	55,9	56,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	75,0	50,3	50,5

© DIW Berlin 2015

Beschäftigung nimmt weiter zu

Der Aufbau der Beschäftigung hielt bis zuletzt an (Abbildung 8). Die Zahl der Arbeitslosen stagnierte indes nahezu, weil das Erwerbspersonenpotential zunahm. Das liegt allein an den Wanderungen. Zum einen ist die Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU weiter gestiegen – wenngleich mit abnehmendem Tempo.⁵ Überdies macht sich nach und nach bemerkbar, dass bei vermehrtem Zuzug von Flüchtlingen eine größere Zahl

von Asylverfahren positiv beschieden wird (Kasten 2). Das inländische Erwerbspersonenpotential schrumpft dagegen. Die Erwerbsbeteiligung ist zwar weiter gestiegen, wegen der Einführung der Rente mit 63 allerdings nur verlangsamt.⁶ So war die Erwerbsquote der deutschen Bevölkerung im ersten Quartal 2015 nur um 0,1 Prozentpunkte höher als im selben Zeitraum des vorhergehenden Jahres. Das reichte nicht aus, um den Rückgang infolge der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.

⁵ Bundesagentur für Arbeit (2015): Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg.

⁶ Bundesagentur für Arbeit (2015): Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt. Nürnberg.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2014

	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	–0,9	–2,1
Erhöhung des Kindergelds, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016, Rückgabe der kalten Progression aus den Jahren 2014/2015	–1,7	–5,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,2
Jahressteuergesetz 2013	–0,8	–0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,2	0,2
zusätzliche Ausgaben investive Ausgaben des Bundes ³	–1,4	–1,5
zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen		–1,7
zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen		–0,8
Betreuungsgeld	–0,5	–0,5
Erhöhung der BAFöG-Leistungen		–0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte	–3,9	–4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte	3,8	3,9
Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung: Senkung zum 01.01.2016 und Anhebung zum 01.01.2015 um jeweils 0,1 Prozentpunkt	–1,2	0,0
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ⁴	–6,5	–6,7
Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Pflegeversicherung	–0,8	–0,8
Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung	–2,4	–2,4
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,9	–1,5
Insgesamt	–16,8	–24,0
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,6	–0,8
<i>nachrichtlich:</i>		
Einnahmen aus der Versteigerung von Frequenznutzungsrechten	5,1	

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.² Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, Jahressteuergesetz 2015.³ Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.⁴ Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Kräftig zugelegt hat die abhängige Beschäftigung – vor allem die sozialversicherungspflichtige (Tabelle 4). Die Zahl der Mini-Jobs ging im Winterhalbjahr zurück; dies dürfte am zu Beginn des Jahres eingeführten gesetzlichen Mindestlohn gelegen haben, durch den diese Beschäftigungsform an Attraktivität eingebüßt hat. Mit Verweis auf die Steuer- und Abgabefreiheit der Arbeitnehmer waren in solchen Beschäftigungsverhältnissen die Löhne häufig sehr niedrig. Gleichwohl stieg zuletzt die Zahl der Mini-Jobber wieder etwas. Im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns wurde häufig ein Abbau von Arbeitsplätzen – mitunter sogar in großem Umfang – befürchtet. Anhand der verfügbaren Informationen lassen sich diese Befürchtungen al-

lerdings nicht verifizieren: Lediglich zu Jahresbeginn hat es kurzfristig eine Abschwächung beim Aufbau der Gesamtbeschäftigung gegeben.

Bei der selbständigen Beschäftigung hielt der Ende 2011 begonnene Rückgang weiter an. Angesichts der günstigen Arbeitsmarktlage ziehen offenbar immer mehr Personen eine abhängige Beschäftigung einer selbständigen Tätigkeit vor.⁷

⁷ Brenke, K. (2015): Selbständige Beschäftigung geht zurück. In: DIW Wochenbericht Nr. 36/2015.

Kasten 2

Annahmen: Schätzgrundlagen für die Effekte der Zuwanderung von Asylsuchenden**Arbeitsmarkt und Bevölkerung**

Die starke Zuwanderung von Asylsuchenden beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung in vielfältiger Weise. Für den konjunkturellen Verlauf im Prognosezeitraum sind vor allem die Folgen für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen von Belang; hinzu kommen Wirkungen im Hinblick auf den Konsum.

Von Januar bis Juli dieses Jahres wurden 218 000 Asylbewerber gemeldet; die Zahl der Flüchtlinge lag aber bei 309 000, weil die zeitgerechte Registrierung der tatsächlich ankommenden Personen Probleme bereitet.¹ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und das Bundesministerium des Inneren schätzen, dass von Anfang bis Ende des Jahres 800 000 Personen kommen werden. Begründet wird die Prognose vor allem damit, dass sich die humanitäre Lage in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten, in denen Personen aus Syrien leben, verschlechtert hat.² Hinzu kommen dürfte, dass inzwischen das Dublin-Abkommen der EU faktisch außer Kraft ist, demzufolge derjenige Mitgliedsstaat Asylsuchende aufzunehmen hat, bei dem sie die Grenze zur EU überschreiten. Überdies sind mehr und mehr EU-Staaten zu einer restriktiven Asylpolitik übergegangen. Entsprechend konzentrieren sich die Asylsuchenden auf die noch offenen Zuwanderungskanäle. Für die hier vorgelegte Prognose wird davon ausgegangen, dass bis Ende des Jahres knapp 800 000 Asylbewerber in Deutschland eintreffen werden. Angenommen wird, dass sich im Verlauf des nächsten Jahres der Flüchtlingsstrom abschwächt, aber im Durchschnitt des Jahres ebenso viele Personen in Deutschland Asyl suchen werden wie 2015.

Zurzeit müssen immer mehr Menschen aufgrund des hohen Zustroms warten, bis sie überhaupt im Asylverfahren aufgenommen werden. Überdies brauchen die Anerkennungsverfahren Zeit, und danach erhalten nicht alle Asylbewerber einen Aufenthaltstitel. Es sind daher Annahmen über die Dauer der Asylverfahren nötig sowie darüber, wie hoch der Anteil derjenigen Personen an allen Asylbewerbern ist, denen nach Abschluss der Verfahren ein Bleiberecht in Deutschland eingeräumt wird. Überdies ist zu berücksichtigen, dass trotz

fehlenden Bleiberechts ein kleiner Teil der zugewanderten Personen Deutschland nicht verlässt.

Die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren belief sich im letzten Jahr auf 11,3 Monate, der Median – also der Wert, bei dem die Hälfte der Verfahren zum Abschluss kam – betrug sieben Monate.³ Angenommen wird, dass sich die Verfahrensdauer verkürzen wird beziehungsweise im bisherigen Verlauf dieses Jahres bereits verkürzt hat, auch weil sich die Zusammensetzung der Gruppe der Asylsuchenden ändert. Es kommen mehr Personen aus den Krisenländern Vorderasiens, denen zumeist Asyl gewährt wird, und es kommen weniger Personen aus dem Balkangebiet, denen in der Regel Schutzrechte abgesprochen werden und bei denen die Verfahren strittiger sind. Zudem wird bei den zuständigen Behörden das Personal aufgestockt, um die Verfahren zu beschleunigen. Dem wirkt entgegen, dass infolge der zunächst noch hohen Wanderung und einer wachsenden Zahl unbearbeiteter Fälle die Bearbeitungskapazitäten knapper werden; dies wird sich im nächsten Jahr abmildern. Unterstellt wird, dass sich im Prognosezeitraum die durchschnittliche Dauer der Verfahren auf 6,7 Monate verkürzt.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden 36,7 Prozent aller Asylbewerber anerkannt; unterstellt wird, dass sich die Anerkennungsquote im Prognosezeitraum wegen der Veränderung der Zusammensetzung der Gruppe der Asylbewerber erhöht. Zugleich wird angenommen, dass von den nicht anerkannten Asylbewerbern immer mehr Deutschland verlassen; diejenigen Bundesländer, die bisher zögerlich mit Abschiebungen reagierten, werden angesichts immer knapper werdender Unterbringungsmöglichkeiten für die ankommenden Flüchtlingen ihre bisherige Politik ändern.

Bei all diesen Annahmen ergibt sich infolge der Asylwanderungen ein Bevölkerungsaufbau von 80 000 im Jahr 2015 und von 210 000 im kommenden Jahr. Entspricht die Altersstruktur der Flüchtlinge derjenigen von 2014, dann nimmt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in diesem Jahr infolge der Asylwanderungen um 58 000 und im nächsten Jahr um 153 000 zu. Wird eine Erwerbsquote von je 80 Prozent angenommen, erhöht sich 2015 die Zahl der Erwerbspersonen um 47 000 und 2016 um 122 000.

¹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilsystem EASY registrierten Personen nach §44 Abs. 2 AsylVfG.

² Ebenda.

³ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Das Bundesamt in Zahlen. Nürnberg.

Öffentliche Haushalte

Die anhaltende Zuwanderung von Flüchtlingen wird ihre Spuren in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen hinterlassen. Über die bereits getroffenen Annahmen hinaus ist eine Reihe weiterer Annahmen und Setzungen notwendig.

Da Transferleistungen in Deutschland im Allgemeinen in der Höhe nach dem Status des Empfängers differenziert sind – also beispielsweise danach, ob es sich um einen Haushaltsvorstand oder einen Familienangehörigen handelt –, müssen Annahmen über die Zusammensetzung der Flüchtlinge gemacht werden. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Gruppe der Zuwanderer hinsichtlich ihres Alters und der Familienstruktur wie im Jahr 2014 zusammengesetzt ist. Damit wären 72 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter, ein Prozent ist älter, und 27 Prozent sind Kinder oder Jugendliche. Im Jahr 2014 waren 63 Prozent der Bewerber Männer und 37 Prozent Frauen. Zudem wird angenommen, dass ein Großteil der Frauen einem Haushalt angehört, der überwiegende Teil der Männer hingegen Leistungen wie ein Haushaltsvorstand bezieht. Unter diesen Annahmen beziehen gut 45 Prozent der Flüchtlinge Leistungen nach dem Status eines Haushaltsvorstands. Für die übrigen, hier als Familienangehörige behandelten, Flüchtlinge wurden Durchschnittsbeträge angesetzt.

Ankommende Flüchtlinge lassen sich in Erstaufnahmeeinrichtungen registrieren und verbleiben dort für maximal drei Monate. Wie lang die durchschnittliche Verweildauer ist, lässt sich nur schwer schätzen, zumal die derzeitigen Verzögerungen bei der Aufnahme der Verfahren die Aufenthaltsdauer in den Einrichtungen verlängern dürften. In dieser Prognose ist unterstellt, dass Asylbewerber im Durchschnitt zwei Monate in der Aufnahmeeinrichtung bleiben. In dieser Zeit entstehen Sachaufwendungen für die Unterbringung und es besteht Anspruch auf ein Taschengeld, dessen Höhe nach dem Status des Asylsuchenden gestaffelt ist.

Verlassen die Asylbewerber die Einrichtung, besteht die Möglichkeit, in eine eigene Wohnung oder in eine Gemeinschaftsunterkunft zu ziehen. Die Asylbewerber erhalten Leistungen – wiederum gestaffelt nach ihrem Status – nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Gesetz sieht vor, dass ein Teil dieser Leistungen in Sachzuwendungen oder Wertgutscheinen bestehen kann. Viele Länder sind in der Vergangenheit allerdings dazu übergegangen, anstelle von Sachzuwendungen Geldleistungen zu gewähren. In dieser Prognose ist unterstellt,

dass diese Praxis beibehalten wird.⁴ Zudem haben Asylbewerber – wie andere Hilfeempfänger – Ansprüche auf weitere Hilfen, wenn die Voraussetzungen gegeben sind; nahezu alle dürften beispielsweise einen Anspruch darauf haben, Kosten der Unterkunft wie Miete oder Nebenkosten ersetzt zu bekommen.

Nach Abschluss des Asylverfahrens haben diejenigen Flüchtlinge, die anerkannt wurden, Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Wie zuvor können Ansprüche auf weitere Leistungen bestehen. Abgelehnte, aber in Deutschland geduldete Asylbewerber haben weiterhin einen Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Andere Ausgaben kommen hinzu. Die Koalition hat vereinbart, das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie bei der Bundespolizei aufzustocken. Auch die Job Center sollen besser ausgerüstet werden. Es sollen zusätzliche Mittel für die Eingliederung von Flüchtlingen bereitgestellt werden; Sprachkurse müssen angeboten werden. Weitere Folgekosten zeichnen sich ab, beispielsweise beginnt drei Monate, nachdem das Asylverfahren eröffnet wurde, die Schulpflicht und die Länder stehen vor der Herausforderung, Kinder zu integrieren, die keinerlei Deutschkenntnisse haben.

Die als Grundlage dieser Prognose getroffenen Annahmen wurden sorgfältig abgewogen und basiert. Trotzdem sind es zu einem großen Teil lediglich Setzungen – und bereits kleine Änderungen können große Auswirkungen auf die Schätzungen haben. Dieses besonders hohe Maß an Unsicherheit muss berücksichtigt werden. Alles in allem sind in dieser Prognose Bruttoausgaben in Höhe von insgesamt 9,2 Milliarden Euro unterstellt. Diesen Bruttoausgaben stehen Einnahmen gegenüber, die mithilfe der getroffenen Annahmen nicht zu quantifizieren sind. Durch den Zustrom von Flüchtlingen steigt der Konsum und auch das Bruttoinlandsprodukt ist größer als in einem möglichen Referenzszenario – und damit auch die Steuereinnahmen. Kommen die Menschen in Arbeit, zahlen sie Einkommensteuern und Sozialbeiträge. Für eine ganzheitliche Bewertung müssten diese – nicht abschließend quantifizierbaren – Einnahmen den zusätzlichen Ausgaben gegenübergestellt werden.

⁴ Damit erscheinen diese Gelder in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei den monetären Sozialleistungen und nicht beim Staatskonsum. Die Höhe des Finanzierungssaldos wird durch diese Entscheidung nicht berührt. Da die Asylsuchenden Transferzahlungen zudem wohl nahezu vollständig für privaten Konsum verwenden dürften, bleibt auch die Höhe des Konsums insgesamt davon in etwa unberührt, lediglich die ausgewiesenen Anteile des Staates und der privaten Haushalte sind andere.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2012	2013	2014	2015	2016
Erwerbstätige im Inland	42,06	42,33	42,70	42,89	43,08
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,56	4,46	4,40	4,30	4,22
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,36	29,73	30,22	30,71	31,14
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,89	1,90	1,91	1,93
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,98	5,02	5,03	4,91	4,73
Sonstige	1,27	1,23	1,15	1,06	1,06
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,06	-0,07	-0,06
Erwerbstätige Inländer	42,01	42,27	42,64	42,83	43,02
Erwerbslose	2,22	2,18	2,09	1,96	1,99
Erwerbspersonen	44,23	44,45	44,73	44,79	45,01
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,95	2,90	2,79	2,84
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,8	6,9	6,7	6,4	6,4
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	9,0	9,0	8,8	8,3	8,4
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	5,0	4,9	4,7	4,4	4,4
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,4	5,2	5,0	4,7	4,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO – 1 000	39,02	39,41	39,74	39,90	40,05

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Der Lohnanstieg hat etwas an Fahrt gewonnen – was wohl auch an der Einführung des Mindestlohns gelegen hat. Im zweiten Quartal waren die Bruttostundenlöhne um 2,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Noch stärker fiel der Anstieg der Löhne je Arbeitnehmer aus, da die je Kopf geleistete Arbeitszeit etwas ausgeweitet wurde. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wohl nicht mehr besser als die der Vollzeitkräfte entwickelt.

Im weiteren Prognosezeitraum setzt sich der Beschäftigungsaufbau angesichts der stetig anziehenden gesamtwirtschaftlichen Produktion fort. Vor allem wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zunehmen, während die Mini-Jobs an Bedeutung verlieren. Denkbar ist, dass versucht wird, abhängige Beschäftigung in selbständige umzuwandeln, um den Mindestlohn zu umgehen. Ein solches Vorgehen dürfte allerdings oft kaum umzusetzen sein, da es im aktuellen konjunkturellen Umfeld den Arbeitnehmern leicht fallen sollte, attraktivere Beschäftigungsmöglichkeiten als schlecht bezahlte selbständige Jobs zu finden. Daher dürfte auch im weiteren Verlauf die Zahl der Selbständigen abnehmen.

Das inländische Erwerbspersonenpotential geht aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung bei einer nur noch wenig steigenden Erwerbsbeteiligung zurück.

Wanderungsbedingt nimmt aber die Zahl der Erwerbspersonen zu. Das Tempo bei der Zuwanderung von Arbeitskräften aus EU-Staaten schwächt sich zwar weiter ab, nach und nach kommen aber Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt. Ab Frühjahr nächsten Jahres wird die Zahl der Erwerbspersonen rascher als die der Erwerbstätigen steigen, so dass die Zahl der Arbeitslosen geringfügig steigt. Im Jahresdurchschnitt 2015 wird die Zahl der Arbeitslosen um reichlich 100 000 unter dem Vorjahresergebnis liegen; für 2016 ist ein Plus von 50 000 im Vorjahresvergleich zu erwarten. In beiden Jahren ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent.

Die wichtigsten, für dieses Jahr anstehenden Tarifverträge sind abgeschlossen. Die vereinbarten Lohnanhebungen haben nicht an Dynamik gewonnen, obwohl die Arbeitnehmer angesichts der anziehenden Beschäftigung in einer besseren Verhandlungsposition waren. So war im zweiten Quartal wie im ersten der Index der tarifvertraglich vereinbarten Stundenlöhne um 2,2 Prozent höher als im Jahr zuvor. Den Abschlüssen in wichtigen Branchen zufolge dürften die Tariflohnanhebungen im weiteren Jahresverlauf kaum stärker zu Buche schlagen. Manche Tarifverträge (wie für die Chemieindustrie oder für die Metall- und Elektroindustrie) reichen weit in das nächste Jahr hinein, ohne dass noch Tarifierhebungen vorgesehen sind. Im Einzelhandel sind Vereinbarungen für das ganze Jahr 2016 getroffen worden; die im nächsten Jahr anstehende Lohnsteigerung ist aber geringer als die in diesem Jahr. Im öffentlichen Dienst der Länder kommt es indes 2016 zu einem leicht erhöhten Lohnanstieg. Im nächsten Frühjahr stehen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen an, bei denen angesichts hoher Einnahmen des Staates eine kräftige Lohnanhebung vereinbart werden dürfte.

In Anbetracht der günstigen Beschäftigungsentwicklung sollten sich die effektiv gezahlten Löhne in diesem Jahr – auch bedingt durch die Einführung des Mindestlohns – besser als die tarifvertraglich vereinbarten entwickeln. Die tatsächlichen Bruttostundenlöhne werden 2015 um 2,9 Prozent höher als im vorhergehenden Jahr sein; der Zuwachs für 2016 beträgt 2,7 Prozent. Weil die je Arbeitnehmer geleistete Arbeitszeit nochmals ausgeweitet wird, steigen die Pro-Kopf-Löhne stärker.

Privater Konsum treibt Konjunktur

Die privaten Haushalte haben ihren Verbrauch in den vergangenen Quartalen merklich ausgeweitet. Dabei spielte eine Rolle, dass Kaufkraft aufgrund der rückläufigen Energiepreise für Konsumzwecke zur Verfügung stand. Im laufenden Quartal haben die Rohölnotierungen erneut nachgegeben, der Verbrauch dürfte entsprechend kräftig zugelegt haben; dies signalisieren auch die

Umsätze und die bis zuletzt gute Stimmung im Einzelhandel. Im Vergleich zu dem starken dritten Quartal dürfte der Zuwachs im Schlussquartal geringer ausfallen, weil die Energiepreise wieder anziehen. Im Verlauf profitieren die privaten Haushalte von spürbaren Einkommenszuwächsen: So legen die Löhne weiter zu und der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Hinzu kommt die zusätzliche Konsumnachfrage von Flüchtlingen.

Jahresdurchschnittlich legt die Lohnsumme erneut spürbar zu. Netto ist der Anstieg jedoch geringer, vor allem in diesem Jahr, weil die Lohnsteuer merklich steigt. Auch die Sozialbeiträge steigen deutlich, im kommenden Jahr auch aufgrund der Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die monetären Sozialleistungen legen weit überdurchschnittlich zu. In beiden Jahren werden die Renten deutlich angehoben, insbesondere im kommenden Jahr. Hinzu kommt die Erhöhung des Kindergeldes – im zweiten Halbjahr 2015 dürften vermehrt Zahlungen anfallen. Darüber hinaus fallen zunehmend monetäre Transfers für Flüchtlinge an. Bei den weiteren Transfers belastet in diesem Jahr besonders der kräftige Anstieg der Einkommen- und Ertragsteuern.

Die Unternehmensgewinne werden in diesem Jahr merklich zulegen, denn die gesunkenen Importpreise, insbesondere für Energie, haben die Kosten gedrückt. Obwohl dieser Effekt im kommenden Jahr entfällt, legen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte auch im kommenden Jahr zu, werden allerdings nicht so dynamisch steigen. Dämpfend auf die Einkommen wirkt im Prognosezeitraum die im Niedrigzinsumfeld schwache Entwicklung der Vermögenseinkommen.

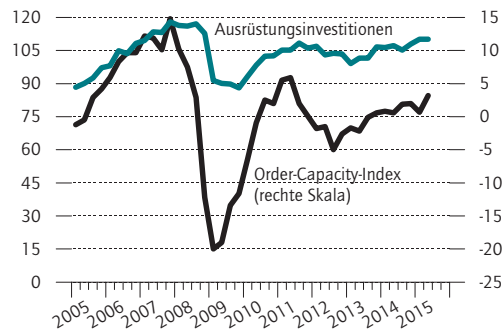
Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen in beiden Jahren deutlich zu, um jeweils knapp drei Prozent. Da die Preise in diesem Jahr nur wenig steigen, legen die Einkommen auch in realer Rechnung spürbar zu. Der Zuwachs beim privaten Verbrauch fällt mit knapp zwei Prozent etwas geringer aus – wohl auch, weil ein guter Teil der energiepreisbedingten Kaufkraftgewinne gespart wurde. Im kommenden Jahr bleibt die Teuerung niedrig, zieht aber an. Daher fällt das Plus beim privaten Verbrauch (mit 1,7 Prozent) etwas geringer aus, bei nur geringfügig niedrigerer Sparquote. In beiden Jahren übersteigen die Zuwächse diejenigen seit der Jahrtausendwende.

Investitionen in Ausrüstungen werden nur zögerlich ausgeweitet

Die Investitionen in Ausrüstungen haben im Winterhalbjahr 2014/15 deutlich angezogen. Angesichts der damals abgeflauten Unsicherheit und des zunehmend posi-

Abbildung 9

Ausrüstungsinvestitionen und Bestellüberhang
Kettenindex 2010 = 100, Relation von Auftragseingängen zu Produktionskapazitäten



Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesbank.

© DIW Berlin 2015

Die Auftragseingänge übersteigen derzeit die Produktionskapazitäten.

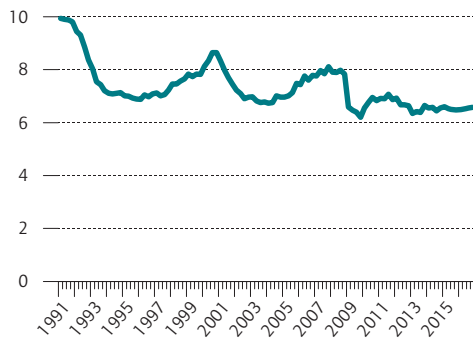
tiveren konjunkturellen Ausblicks im In- und Ausland, schien eine positive Entwicklung der Investitionstätigkeit angelegt zu sein. Allerdings haben die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal erneut stagniert. Dies ist wohl in erster Linie auf die neuerlich aufgekeimten Befürchtungen über einen griechischen Staatsbankrott, die Unsicherheit über den Fortbestand der Eurozone, aber auch auf den weiterhin ungelösten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zurückzuführen. Zudem haben die jüngsten Turbulenzen an den Finanzplätzen Chinas und die damit einhergehende Sorge um eine Abkühlung des Wirtschaftswachstums zuletzt für erhebliche Verunsicherung gesorgt. In Anbetracht dessen dürften die Investitionen in Ausrüstungen und in sonstige Anlagen bis zum Jahreswechsel weiterhin nur zögerlich bleiben – die Entwicklung der inländischen Umsätze von Investitionsgüterherstellern in den Sommermonaten legen eine entsprechend schwache Entwicklung nahe. Auch ihre Geschäftslage und die Geschäftsaussichten schätzen die Investitionsgüterhersteller nicht mehr so zuversichtlich ein wie noch im Frühjahr.

Die Rahmenbedingungen sind allerdings günstig: Die konjunkturelle Entwicklung im Inland ist robust und die Aussichten für den Euroraum haben sich aufgeheitert. Die weiterhin niedrigen Importpreise, insbesondere der jüngst erneut gesunkene Ölpreis, entlasten viele Unternehmen von Kosten und eröffnen weitere Eigenfinanzierungsspielräume. Ebenso ist die Fremdfinanzierung von Investitionsvorhaben trotz der leichten Zinsanstiege in den vergangenen Monaten nach wie vor äußerst günstig. Angesichts der überdurchschnittlichen Kapazi-

Abbildung 10

Investitionsquote

Anteil der Ausrüstungsinvestitionen
am nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Nach wie vor liegt die Investitionsquote unterhalb des Niveaus vor der Finanzkrise.

tätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe und des Bestellüberhangs gemäß Order-Capacity-Index dürften für viele Unternehmen Erweiterungsinvestitionen notwendig werden (Abbildung 9). Das zeigt sich bereits in den zuletzt gestiegenen Auftragseingängen der Investitionsgüterhersteller, insbesondere auch im Maschinenbau.

Insgesamt ist für dieses Jahr – auch aufgrund des erreichten Ausgangsniveaus zu Jahresanfang – mit einer Steigerung der Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um gut vier Prozent zu rechnen. Die Investitionen in sonstige Anlagen dürften um rund 2,5 Prozent ausgeweitet werden. Im Jahr 2016 ist, vor allem aufgrund der weiter steigenden Auslastung der Kapazitäten und der positiven Entwicklung im Euroraum, im Quartalsverlauf mit einer dynamischeren Investitionstätigkeit zu rechnen. Auch in der für die Ausrüstungsinvestitionen besonders wichtigen Leasingbranche hellen sich die Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr deutlich auf. Gleichwohl gibt es auch Branchen wie den Schiffbau, in dem erhebliche Überkapazitäten bestehen und auf absehbare Zeit keine Erweiterungen der Anlagen zu erwarten sind. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften daher zunächst moderat um gut 3,5 Prozent und die sonstigen Investitionen um gut zwei Prozent gegenüber dem Jahr 2015 gesteigert werden. Auch am Ende des Prognosezeitraums wird die Investitionsquote allerdings weiterhin unterhalb des vor der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachteten Niveaus liegen (Abbildung 10). Die jüngste Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass die Unternehmen ihre Investitionspläne trotz gu-

ter binnenwirtschaftlicher Perspektiven schnell revidieren. Erneute Spannungen im Euroraum oder ein unerwartet starker Einbruch der chinesischen Wirtschaft könnten zu einer schwächeren Entwicklung der Investitionstätigkeit führen.

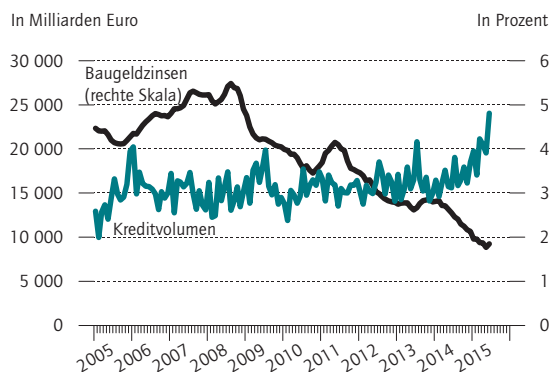
Wohnungsbau mit zweiter Luft

Nach dem witterungsbedingt starken Jahresauftakt 2015 kam es erwartungsgemäß zu einem leichten Rücksetzer der Bautätigkeit im zweiten Quartal. Der Rückgang konzentriert sich dabei auf den Nichtwohnungsbau. Sowohl im öffentlichen als auch im Wirtschaftsbau blieb die saisonübliche Frühjahrserholung aus. Der Wohnungsbau hingegen erwies sich als robust. Die Investitionen legten gegenüber dem bereits starken ersten Quartal erneut um gut ein halbes Prozent zu.

Nachdem der Wohnungsbau im vergangenen Jahr drei Quartale in Folge stagnierte und auch die Baugenehmigungen nur noch geringe Ausweitungen des Investitionsvolumens nahelegten, zeigen die jüngsten Zahlen, dass die Wohnungsbautätigkeit wieder an Schwung gewonnen hat. Maßgeblich dafür dürfte die Zinsentwicklung gewesen sein. Nie war die Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen bei gleichzeitig geringen Renditen alternativer Anlagen günstiger (Abbildung 11). Sichtbar wird dies auch im Volumen der Wohnungsbaukredite, die zuletzt sprunghaft gestiegen sind. Zudem ist die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung weiterhin positiv.

Nach dem witterungsbedingt überaus positiven Jahresbeginn dürfte sich die Wohnungsbautätigkeit in den Sommermonaten etwas weniger dynamisch entwickelt haben. Sowohl die Produktion im Ausbaugewerbe als auch im übrigen Hochbau ist gegenüber dem Frühjahr gesunken. Das gilt auch für die Auftragseingänge, die sich allerdings auch deswegen schwach entwickelten, weil Bauleistungen in die Wintermonate vorgezogen wurden und der Planungs- und Ausschreibungsvorlauf zu Verzögerungen führt. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird sich der Aufwärtstrend der Wohnungsbauinvestitionen aber fortsetzen, wenngleich die Zuwachsraten geringer werden. Dies signalisiert das Volumen genehmigter Bauvorhaben, das zwar steigt, allerdings mit deutlich geringeren Raten als in den Jahren zuvor. Zudem steigen die Immobilienpreise weiter, was die Renditen von Immobilieninvestitionen bei weniger dynamisch steigenden Mieten senkt. Gedeckt wird dies auch durch die Einschätzungen der Geschäftslage und den Erwartungen der Wohnungsbauunternehmen, die auf hohem Niveau stagnieren bzw. leicht rückläufig sind. Im laufenden Jahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen um 2,7 Prozent und 2016 um 1,6 Prozent zulegen (Tabelle 5).

Abbildung 11

Zinsen und Volumen von Wohnungsbaukrediten

Quelle: Bundesbank

© DIW Berlin 2015

Bei historisch niedrigen Zinsen ist die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten sprunghaft gestiegen.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden weiterhin nur sehr zögerlich ausgeweitet. Die Unsicherheit über die Entwicklung in den Schwellenländern dürfte exportorientierte Unternehmen – ähnlich wie bei den Ausrüstungsinvestitionen – von umfänglicheren Bauinvestitionen abhalten. Insgesamt waren die Auftrags-eingänge zuletzt schwächer. Die Baugenehmigungen sind seit Jahresbeginn nur leicht aufwärtsgerichtet. Die Geschäftslage für den gewerblichen Bau wird von den Bauunternehmen deutlich schlechter eingeschätzt als noch zum Jahreswechsel. Hingegen sind die Geschäftserwartungen deutlich gestiegen, was auf einen Anstieg der Produktion im Winterhalbjahr hindeutet. Alles in allem werden die gewerblichen Bauinvestitionen gegenüber dem Jahr 2014 wohl um knapp zwei Prozent geringer ausfallen und im kommenden Jahr nur geringfügig ausgeweitet.

Trotz der milden Witterung wurden die öffentlichen Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 2015 erheblich reduziert. Diese Entwicklung hat sich auch in den Sommermonaten fortgesetzt; darauf deuten die schwachen Produktionszahlen im Tiefbau und die gesunkenen Auftrags-eingänge im öffentlichen Hochbau hin. Die Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten ebenso wie die Auftragsbestände im Straßenbau stiegen hingegen. Auch die Geschäftserwartungen der Tiefbauunternehmen und im öffentlichen Hochbau haben sich aufgehellt. Zum Jahreswechsel wird die öffentliche Bautätigkeit daher voraussichtlich wieder erheblich an Fahrt gewinnen. So ist etwa die Ausweitung des Kita-Angebots mit Investitionen verbunden. Neben der guten Kassenlage der Kommunen dürfte auch die Errichtung eines Sondervermögens für finanzschwache Gemeinden im

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2014	2012	2013	2014	2015	2016
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	59,2	3,4	-0,7	3,3	2,7	1,6
Nichtwohnungsbau	40,8	-3,3	-1,5	2,4	-1,7	1,9
Gewerblicher Bau	28,8	-1,6	-2,2	2,3	-1,8	0,2
Öffentlicher Bau	12,0	-7,3	0,2	2,7	-1,7	6,1
Bauinvestitionen	100,0	0,5	-1,1	2,9	0,9	1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Vor allem der Wohnungsbau entwickelt sich im Prognosezeitraum dynamisch.

weiteren Prognosezeitraum für steigende Investitionen sorgen. Schließlich werden zusätzliche Bundesmittel für den Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur investive Impulse geben. In diesem Jahr wird das Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen real um rund 1,7 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr hingegen ist mit einer kräftigen Ausweitung um gut sechs Prozent zu rechnen.

Schwächere Impulse vom Außenhandel

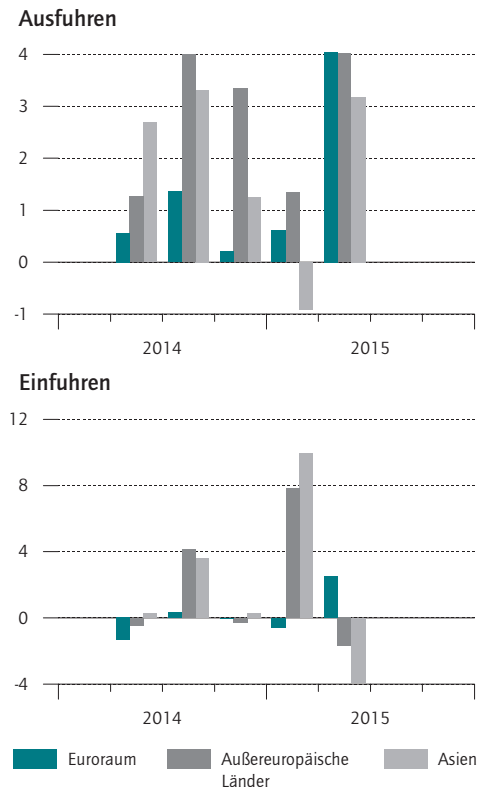
Im zweiten Quartal sind die Ausfuhren auf breiter Front gestiegen. Kräftige Zuwächse waren nicht nur bei den Exporten in die USA und in den Euroraum zu verzeichnen, auch die Lieferungen nach Asien legten deutlich zu (Abbildung 12). Im Vergleich zur Auslandsnachfrage haben sich die Exporte im ersten Halbjahr 2015 dynamischer entwickelt, insbesondere die Lieferungen in die außereuropäischen Länder. Dazu dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben, die sich seit dem zweiten Quartal 2014 deutlich verbessert hatte.

Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind zuletzt gestiegen, allerdings deuten die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes für das dritte Quartal auf einen schwächeren Anstieg der Ausfuhren hin. Auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich wohl etwas verschlechtern, da der effektive Wechselkurs des Euro zuletzt aufgewertet hat. Im weiteren Verlauf dürfte die Nachfrage aus den Schwellenländern insgesamt nur geringe Impulse geben (Abbildung 13). Die Bestellungen aus dem Euroraum und aus anderen Industrieländern werden aber wohl kontinuierlich zunehmen und damit zu einer robusten Exportkonjunktur füh-

Abbildung 12

Außenhandel nach Regionen

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2015

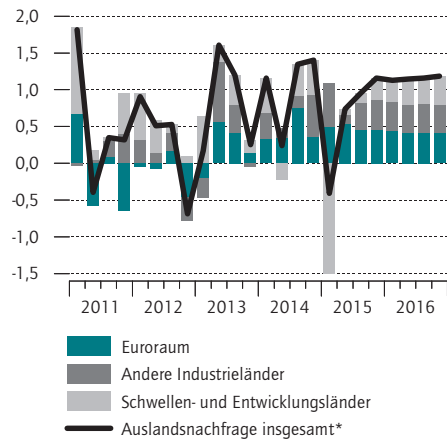
Die Exporte legten zuletzt auf breiter Front zu, die Einfuhren stiegen weniger stark.

ren. Im Jahresdurchschnitt dürften die Ausfuhren damit um 6,2 Prozent in diesem und 5,1 Prozent im kommenden Jahr steigen.

Die Importe legten im zweiten Quartal deutlich weniger als die Ausfuhren zu. Dabei stiegen die Vorleistungsgüterimporte kräftig, während die Konsumgüterimporte nur mäßig ausgeweitet wurden. Die Einfuhr von Energie legte im zweiten Quartal erstmals seit Ende 2013 wieder zu.

Im Prognosezeitraum dürften die Importe mit etwas anziehendem Tempo expandieren. Einerseits werden aufgrund der steigenden Exporte mehr Vorleistungsgüter importiert, andererseits führen die anziehenden Ausrüstungsinvestitionen sowie der dynamische private Konsum zu einer höheren Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland. Insgesamt dürften

Abbildung 13

Wachstumsbeiträge zur Auslandsnachfrage

* Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent.

Quelle: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Industrieländer dürften im Prognosezeitraum der Treiber der Auslandsnachfrage sein

die Importe auch wegen des starken Jahresauftakts im laufenden Jahr um 6,0 Prozent zunehmen, im kommenden Jahr werden sie wohl um 5,3 Prozent steigen.

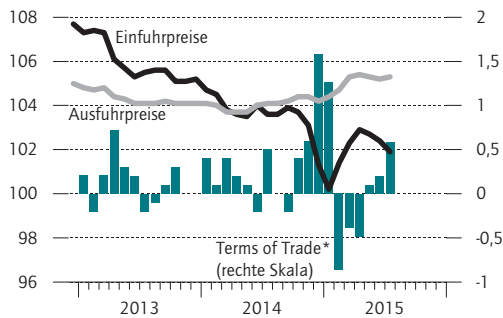
Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis hat sich im zweiten Vierteljahr erstmals seit Anfang 2012 verschlechtert, denn die Importpreise sind aufgrund des zwischenzeitlichen Ölpreisanstiegs stärker gestiegen als die Exportpreise. Seit Mai haben sich die Terms of Trade im Zuge der rückläufigen Ölpreise aber wieder verbessert, da die Importpreise erneut stärker als die Exportpreise gefallen sind (Abbildung 14). Im dritten Quartal werden sich die Terms of Trade damit noch einmal verbessern, bevor sie sich bei annahmegemäß steigenden Ölpreisen ab dem vierten Quartal etwas verschlechtern dürften.

Alles in allem wird der Außenhandel sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Aufgrund der starken Exporte im zweiten Quartal 2015 dürfte der Außenhandel in diesem Jahr einen stärkeren Impuls liefern als im Jahr 2016, wenn die Importe bei leicht anziehender Investitionstätigkeit und dynamischem privaten Konsum etwas stärker zulegen als die Exporte. Der Außenbeitrag wird, auch aufgrund der niedrigen Importpreise, in beiden Jahren bei rund acht Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Damit erhöht sich der Leistungsbilanzüberschuss im Prognosezeitraum auf deutlich über acht Prozent.

Abbildung 14

Außenhandelspreise

Index 2010 = 100



* Veränderung zum Vormonat in Prozent.

Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2015

Die Terms of Trade haben sich in den vergangenen Monaten aufgrund des Rückgangs der Importpreise wieder verbessert.

Öffentliche Finanzen:**Trotz kräftiger Ausgabendynamik auch weiterhin hohe Überschüsse**

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist gut und wird es im Prognosezeitraum bleiben. Die Einnahmen nehmen nach wie vor kräftig zu. Die Steuern steigen merklich, insbesondere die direkten. Bis zuletzt haben die Lohnsteuereinnahmen spürbar expandiert, was kaum mit der berichteten Entwicklung der Bruttolohnsumme im ersten Halbjahr in Einklang zu bringen ist. Im weiteren Verlauf des Jahres wird der Anstieg der Lohnsumme allerdings durch die Anhebung von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld gebremst (Kasten 1);⁸ deswegen und wegen des geringen Preisauftriebs dürften die Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression in beiden Jahren des Prognosezeitraums gering sein. Aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt steigen die Lohnsteuereinnahmen aber weiter spürbar. Die Gewinnsteuern legen ebenfalls merklich zu. Die veranlagte Einkommensteuer wie auch die Körperschaftsteuer entwickelten sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres kräftig. Dies lag vor allem an den Vorauszahlungen für das laufende Jahr, was darauf hindeutet, dass die Gewinnerwartungen der Unternehmen nach wie vor hoch sind. Die Erwartungen dürften sich im kommen-

den Jahr jedoch leicht eintrüben und die Einnahmenentwicklung bei den Gewinnsteuern im kommenden Jahr dämpfen. Bei den Einkommensteuern wird zudem die von der Politik angekündigte Rückgabe der Mehreinnahmen, die in den Jahren 2014 und 2015 durch die kalte Progression entstanden sind, das Aufkommen dämpfen.

Die Entwicklung der indirekten Steuern wird im Prognosezeitraum vor allem durch die Steuern vom Umsatz bestimmt. Diese werden deutlich zulegen, denn der – nominale – Konsum expandiert merklich. Alles in allem werden die Steuereinnahmen um 4,5 Prozent in diesem und 3,6 Prozent im kommenden Jahr zunehmen.

Die Sozialbeiträge werden im Prognosezeitraum ebenfalls kräftig zulegen, denn die Beschäftigung wird weiterhin vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebaut. Zu Beginn des laufenden Jahres waren der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und der Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung gesunken. Die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung glich diese Senkung jedoch aus. Zu Beginn des kommenden Jahres dürften einige Krankenkassen den Zusatzbeitrag anheben, so dass der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung leicht höher liegen wird als im laufenden Jahr.⁹ Vor diesem Hintergrund werden die Sozialbeiträge in diesem Jahr um 3,8 Prozent, im kommenden Jahr sogar um 4 Prozent zulegen.

Die übrigen Einnahmen des Staates entwickeln sich in diesem Jahr eher verhalten, nachdem sie im vergangenen Jahr zum einen durch eine hohe Gewinnausschüttung der Bundesbank und zum anderen durch ein hohes Aufkommen bei der Erbschaftsteuer kräftig expandierten.¹⁰ Letzteres lag daran, dass viele Schenkungen in Erwartung eines Urteils zur Erbschaftsteuer vorgezogen worden waren. Ein Teil dieser Fälle scheint noch immer veranlagt zu werden und erhöht auch im laufenden Jahr das Steueraufkommen. Sind sie abgearbeitet, wird das Erbschaftsteueraufkommen wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückgehen.

Alles in allem steigen die Einnahmen im Prognosezeitraum merklich. Sie nehmen in diesem Jahr um 3,8 Prozent und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zu. Die Ausgaben des Staates steigen bereits seit dem Jahr 2013 spürbar, so auch in diesem Jahr. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich ihre Dynamik nochmals deutlich erhöhen.

⁸ Die Mitte des Jahres beschlossene Steuerrechtsänderung wird rückwirkend zum 1. Januar in Kraft gesetzt werden, damit kommt es in der zweiten Jahreshälfte zu entsprechenden Rückflüssen. In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mindert ein Teil des Kindergeldes die Steuereinnahmen, ein anderer Teil wird bei den Transferleistungen berichtet.

⁹ Der Rentenbeitragssatz bleibt nach der hier vorgelegten Prognose konstant; eine in den kommenden Monaten nur geringfügig bessere Entwicklung am Arbeitsmarkt würde aber dazu führen, dass er zu Beginn des kommenden Jahres erneut gesenkt werden müsste.

¹⁰ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Erbschaftsteuer bei den Vermögenstransfers berichtet.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2016

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000³	45,7	23,2	18,1	47,2	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,7
2001	43,9	21,5	17,8	47,0	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,5
2002	43,4	21,0	17,9	47,3	3,0	2,2	-3,9	14,1	59,2
2003	43,7	21,1	18,1	47,9	2,9	2,1	-4,2	13,8	62,9
2004	42,6	20,6	17,7	46,4	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,6
2005	42,8	20,8	17,4	46,3	2,7	1,9	-3,4	13,2	66,8
2006	43,0	21,6	16,9	44,8	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,3
2007	43,1	22,4	16,1	42,9	2,7	1,9	0,2	11,9	63,5
2008	43,5	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,1
2009	44,4	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,6
2010⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	80,4
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	77,8
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	-0,1	10,2	79,1
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	-0,1	8,8	76,8
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8	74,4
2015⁵	44,5	22,8	16,5	43,9	1,6	2,1	0,6	6,8	70,0
2016	44,7	22,8	16,7	44,1	1,4	2,2	0,6	6,3	67,0

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen (5,1 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2015 und 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Arbeitnehmerentgelte legen in beiden Jahren des Prognosezeitraums um rund drei Prozent zu. Zum einen wurden für die Beschäftigten von Ländern und Kommunen zu Beginn des laufenden Jahres bereits Anhebungen für beide Jahre des Prognosezeitraums vereinbart. Zum anderen dürften die zu Beginn des kommenden Jahres anstehenden Tarifverhandlungen für die Bundesbediensteten spürbare Lohnerhöhungen nach sich ziehen. Darüber hinaus dürfte die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor ausgeweitet werden, zum Teil auch deshalb, weil der Zustrom von Flüchtlingen dies erfordert (vgl. Kasten 2).¹¹ Auch die Ausgaben für Vorleistungen expandieren in beiden Jahren deutlich. Zum einen begünstigt die gute Haushaltslage einen gelockerten Ausgabenkurs. Zum anderen erfordert die große Zahl von Flüchtlingen einen vermehrten Sachaufwand. Noch stärker wird sich dieser Mehrbedarf allerdings bei der Entwicklung der sozialen Sachausgaben

niederschlagen. Diese Leistungen, deren Grunddynamik durch die Ausgaben der Krankenkassen ohnehin hoch ist und die in diesem Jahr zusätzlich aufgrund der Leistungsausweitungen bei der Pflegeversicherung kräftig steigen, werden durch Sachleistungen an die Flüchtlinge nochmals stärker expandieren.¹²

Die monetären Sozialleistungen steigen ebenfalls kräftig. In der ersten Hälfte dieses Jahres führten die Leistungsausweitungen der gesetzlichen Rentenversicherung, die Mitte vergangenen Jahres beschlossen worden waren, zu einem deutlichen Anstieg. Außerdem war die Rentenanpassung zur Jahresmitte hoch, im kommen-

¹¹ Bereits für das laufende Jahr waren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzliche Stellen bewilligt worden, nun kommen wohl noch einmal 1 000 hinzu. Auch die Bundespolizei soll aufgestockt werden und Länder und Kommunen dürften ihr Personal ebenfalls anpassen.

¹² In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Flüchtlinge vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen soziale Sachleistungen erhalten. Es wird angenommen, dass die Länder ihre bisherige Praxis beibehalten und größtenteils monetäre Transfers leisten, sobald die Flüchtlinge die Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen haben. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, weiterhin einen Teil der Hilfen in Form von Sachleistungen zu gewähren. Der Finanzierungssaldo des Staates wird von der Verfahrensweise nicht berührt. Auch die Höhe des Konsums insgesamt dürfte davon unberührt bleiben, denn es ist kaum davon auszugehen, dass die Flüchtlinge Ersparnisse bilden werden. Allerdings wäre die Aufteilung des Konsums auf die Sektoren Staat und private Haushalte eine andere.

den Jahr wird sie noch kräftiger sein.¹³ Zudem wird in diesem wie im kommenden Jahr das Kindergeld angehoben. Dagegen sinken die Ausgaben für Betreuungsgeld nur langsam,¹⁴ denn in den bisher bewilligten Fällen wird es weiter gezahlt. Während die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung wegen der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt auch im Prognosezeitraum zurückgehen, expandieren die Ausgaben beim Arbeitslosengeld II und bei anderen Sozialleistungen kräftig. So haben Flüchtlinge nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Leistungen beispielsweise für Miete oder Nebenkosten (Kosten der Unterkunft) stehen ihnen zu. Wird ihnen die Berechtigung auf Asyl zuerkannt, erhalten sie Arbeitslosengeld II. Alles in allem dürften die monetären Sozialleistungen im Jahr 2015 um 4,4 Prozent und im Jahr 2016 um 4,3 Prozent steigen.

Die Bruttoinvestitionen des Staates entwickeln sich im laufenden Jahr verhalten, werden im weiteren Prognosezeitraum allerdings ausgeweitet. So dürften die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen nach und nach umgesetzt werden (Kasten 1). Zudem erwirtschaftet die kommunale Ebene – die für den größten Teil der staatlichen Bauinvestitionen verantwortlich ist – insgesamt einen Überschuss. Auch wenn die Kommunen durch den Zustrom von Flüchtlingen erheblich belastet werden, dürfte dies so bleiben, denn der Bund hat angekündigt, Kommunen und Ländern zusätzliche Gelder zur Verfügung zu stellen.¹⁵ Allerdings ist die Finanzlage der Kommunen heterogen und der Investitionsbedarf dürfte vor allem in finanzschwachen Kommunen hoch sein. Diese dürften allerdings davon profitieren, dass der Bund seit Beginn dieses Jahres mehr Mittel für die Kosten der Unterkunft überweist.¹⁶ Außerdem wurde im laufenden Jahr ein Sondervermögen eingerichtet, mit dem gezielt Investitionen in den finanzschwachen Kommunen ge-

13 Durch die methodischen Änderungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fällt die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Bruttolohnentwicklung orientiert, im laufenden Jahr gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wird im kommenden Jahr, nachgeholt werden und die Rentenanpassung dürfte bei 4,6 Prozent liegen.

14 Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. Juli 2015 die Regelungen zum Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt.

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2008	2 561,7	1 416,7	457,6	534,4	153,1
2014	2 915,7	1 592,2	564,0	563,1	196,4
2020	3 490,9	1 912,9	685,7	653,1	239,3
Anteile am BIP					
2008	100	55,3	17,9	20,9	6,0
2014	100	54,6	19,3	19,3	6,7
2020	100	55	20	19	7
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2014/2008	2,2	2,0	3,5	0,9	2,0
2020/2014 ¹	3	3	3 ½	2 ½	3 ¼

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

gung zu stellen.¹⁵ Allerdings ist die Finanzlage der Kommunen heterogen und der Investitionsbedarf dürfte vor allem in finanzschwachen Kommunen hoch sein. Diese dürften allerdings davon profitieren, dass der Bund seit Beginn dieses Jahres mehr Mittel für die Kosten der Unterkunft überweist.¹⁶ Außerdem wurde im laufenden Jahr ein Sondervermögen eingerichtet, mit dem gezielt Investitionen in den finanzschwachen Kommunen ge-

15 Der Bund hat bereits beschlossen, den Kommunen eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen und weitere Hilfen sind in der Diskussion angekommen. Im kommenden Jahr will der Bund Ländern und Kommunen drei Milliarden zusätzlich zur Verfügung stellen.

16 Diese Ausgaben werden aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen ebenfalls merklich zulegen.

Tabelle 8

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100
2008	40 856	36 353	1 418	2 627	64 288	45	2 562	98
2014	42 703	38 306	1 366	2 736	64 079	47	2 916	107
2020	43 689	39 469	1 374	3 006	68 800	50	3 491	116
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2014/2008	0,7	0,9	-0,6	0,7	-0,1	0,6	2,2	1,5
2019/2014 ¹	½	½	0	1 ½	1 ¼	1	3	1 ½

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

fördert werden sollen. Alles in allem dürften die öffentlichen Bruttoinvestitionen in diesem Jahr um 0,5 Prozent und im kommenden Jahr um 6,4 Prozent expandieren.

Die Subventionen nehmen mittlerweile wieder etwas kräftiger zu; dies dürfte zu einem großen Teil durch die energiepolitische Wende begründet sein.¹⁷ Die geleisteten Vermögenstransfers, die im Vorjahr aufgrund zweier Gerichtsurteile überzeichnet waren, gehen im laufenden Jahr hingegen merklich zurück. Auch die Zinsausgaben sinken nach wie vor, da die Zinsen für Staatsanleihen nach wie vor niedrig sind und alte Anleihen mit hoher Verzinsung günstig abgelöst werden können. Zudem ist die Rückstellung für inflationsindexierte Papiere gering.

Alles in allem würden die Ausgaben in diesem Jahr um 3,1 Prozent steigen und im kommenden Jahr mit 3,5 Prozent merklich expandieren. Allerdings hat der Staat im laufenden Jahr Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von 5,1 Mrd. Euro erzielt. Solche Einnahmen werden in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als negative Ausgabe verbucht. Der ausgewiesene Ausgabenanstieg in diesem Jahr liegt daher bei 2,7 Prozent und im kommenden Jahr bei 3,9 Prozent.

In beiden Jahren werden die öffentlichen Haushalte mit merklichen Überschüssen abschließen. In diesem Jahr liegt der Finanzierungssaldo bereinigt um die Einmal Erlöse bei der Versteigerung von Funkfrequenzen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,6 Prozent (Tabelle 6); im kommenden Jahr liegt er ebenfalls bei 0,6 Prozent. Bei geschlossener Produktionslücke in diesem Jahr liegt auch der strukturelle – also um konjunkturelle Einflüsse bereinigte – Finanzierungssaldo bei 0,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt; im kommenden Jahr sinkt er auf 0,5 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Für die Projektion der mittleren Frist wird angenommen, dass die entwickelten Volkswirtschaften etwas an Tempo gewinnen; dies gilt auch für den Euroraum, wenngleich hier die strukturellen Anpassungen noch bis zum Ende des Projektionszeitraums die wirtschaftliche Expansion dämpfen. Die Dynamik in den Schwellenländern bleibt relativ zu den entwickelten Volkswirtschaften hoch, verliert aber an Fahrt. Insbesondere

¹⁷ Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2013 bis 2016 (25. Subventionsbericht). Der Subventionsbegriff ist dabei anders abgegrenzt als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Kasten 3

Potentialschätzung

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet. Er erfasst jenen Teil des Produktionspotentials, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann, wie vor allem den technologischen Fortschritt. Die Nettoinvestitionen werden aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds stärker ausgeweitet als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich im Projektionszeitraum ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Einsatzfaktors Kapital von 0,4 Prozentpunkten.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird bis 2020 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten leisten. Die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter schrumpft aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Dem wirken Wanderungsgewinne entgegen, so dass das Erwerbspersonenpotential im Projektionszeitraum zunimmt.² Dies wird durch den Wanderungsüberschuss mehr als ausgeglichen.

Der Wanderungssaldo wird in diesem und im nächsten Jahr bei rund 600 000 Personen liegen. Anzunehmen ist, dass sich die Zuwanderung aus den EU-Beitrittsländern

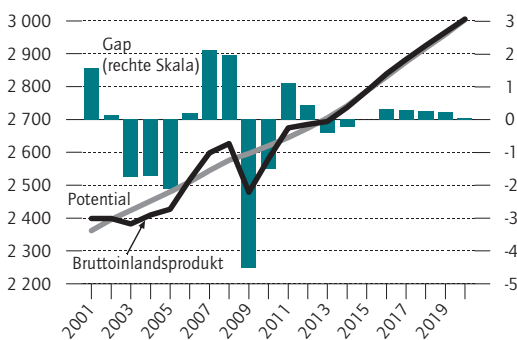
¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

² Für die natürliche Bevölkerungsentwicklung wird die 13. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, G1-L1-W1 unterstellt. Der Wanderungssaldo wird dabei an die aktuelle Entwicklung angepasst.

Chinas Wirtschaft wird auf einen moderateren Wachstumspfad einschwenken.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird die deutsche Auslandsnachfrage real um jahresdurchschnittlich knapp fünf Prozent und nominal um fünfeinhalb Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

abschwächt. Die Anzahl der Asylbewerber aus den Krisenregionen, insbesondere auch aus Syrien, werden hingegen für eine weiterhin starke Zuwanderung nach Deutschland sorgen. Bis 2020 wird der Wanderungssaldo sukzessive auf 150 000 Personen zurückgehen.

Dagegen steigt die Erwerbsbeteiligung im Projektionszeitraum annahmegemäß um jahresdurchschnittlich 0,25 Prozentpunkte. Zu Buche schlägt vor allem eine höhere Erwerbsbeteiligung von Männern über 55 Jahren sowie von Frauen. Die Tendenz hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung wird durch die Einführung der Rente mit 63 allerdings zu einem Teil konterkariert. Aufgrund des demografisch bedingten Anstiegs der Zahl der Anspruchsberechtigten dürfte der Effekt im Zeitablauf etwas zunehmen. Für 2016 wird angenommen, dass sich 80 000 Personen zusätzlich aus dem Erwerbsleben

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2008-2014	2014-2020
Produktionspotential	1,0	1,5
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,2	0,3
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,8

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

zurückziehen. Bis 2019 wird ihre Zahl auf knapp 100 000 steigen. Insgesamt wird die Partizipationsrate ihren langfristigen Aufwärtstrend fortsetzen und auf 74 Prozent am Ende des Projektionszeitraums steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote geht seit rund einem Jahrzehnt zurück. Dieser Rückgang dürfte allmählich zum Stillstand kommen; am Ende des Projektionszeitraums, im Jahr 2020, wird sich die Quote auf 4,1 Prozent belaufen.

Alles in allem nimmt die Zahl der Erwerbstätigen im Trend um 0,5 Prozent pro Jahr zu. Die Anzahl der Stunden je Erwerbstätigen wird weiter rückläufig sein. Dies ist vor allem auf den größer werdenden Anteil älterer Arbeitnehmer zurückzuführen, die häufiger zu einer Teilzeitbeschäftigung neigen.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten leisten. Das reale Produktionspotential wird bis 2019 um jahresdurchschnittlich 1,5 Prozent wachsen (Tabelle)

Dollar und Euro werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und beim für Ende 2016 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 56,2 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,11 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird expansiv ausgerichtet bleiben, zumal die Inflation im Eu-

ropaum wegen der relativ niedrigen Kapazitätsauslastung nicht wesentlich steigen wird. Für Deutschland ist die Geldpolitik damit sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2017 bis 2020 etwa neutral ausgerichtet sein. Die Vorgaben der Schuldenbremse stellen im Projektionszeitraum keine bindende Restriktion dar.

Die inländische Nachfrage expandiert kräftig, begleitet von einer weiterhin dynamischen Arbeitsmarktentwicklung. Das Arbeitsvolumen wird im Projektionszeitraum etwa dem langjährigen Trend folgen (Tabelle 7). Die Realeinkommen werden steigen, so dass der private Konsum das Wachstum stützt (Tabelle 8). Auch der Staatskonsum wird deutlich ausgeweitet: Zum einen werden die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst merklich zulegen. Zum anderen werden die sozialen Sachleistungen getrieben von der zu erwartenden hohen Kostendynamik im Gesundheitssektor deutlich zunehmen.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden weiterhin durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften angesichts der entspannten Finanzlage, aber auch wegen beschlossener Mehrausgaben in dieser Legislaturperiode, zulegen. Die privaten Bauinvestitionen verlieren jedoch an Schwung, auch weil die steigenden Immobilienpreise die Rendite dieser Anla-

geform dämpfen. Zudem entwickeln sich die Investitionen in Ausrüstungen im Umfeld einer verhaltenen Weltkonjunktur moderat. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt gehen die Bruttoinvestitionen in nominaler Rechnung daher zurück.

Die Exporte werden aufgrund der etwas schwächeren weltwirtschaftlichen Nachfrage und der sich lohnbefördert leicht verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit etwas weniger stark expandieren als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Die kräftige binnenwirtschaftliche Entwicklung wird zu einer spürbaren Belebung der Importe führen.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2014 und 2020 jahresdurchschnittlich um 1 1/2 Prozent steigen. Die seit 2013 negative Produktionslücke wird sich im Laufe des Jahres 2015 annähernd schließen (Kasten 3). Das nominale Bruttoinlandsprodukt wächst jahresdurchschnittlich um 3 1/4 Prozent, die Teuerung liegt bei knapp 1 1/2 Prozent.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Dirk Ulbricht ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

GERMAN ECONOMY REMAINS ON TRACK

Abstract: The German economy is on track, and will likely grow by 1.8 percent this year; in the coming year, with a slight increase in dynamics, it will grow by 1.9 percent. With these figures DIW Berlin confirms its forecast from this summer. Employment growth continues; the unemployment rate will decrease this year to 6.4 percent, where it will remain in 2016. Due to the sharp drop in oil prices this year, inflation is low and stands at 0.4 percent; next year it will climb to 1.4 percent.

Global economic growth is likely to experience a slight increase during the forecast period. In the industrialized countries in particular, the renewed drop in energy prices keeps inflation rates low. In addition, many countries have experienced steady improvements in labor markets. Together, these two factors support consumption and the purchasing power of households. Recovery in the euro area is moving forward. The euro's external value is low, the monetary policy is very expansionary, and major trading partners are growing vigorously; consumption is likely to develop well, and in the course of time, corporate investment is also expected to recover. In the emerging markets, growth will remain subdued this year. Higher financial market volatility is leading to deterioration in financing conditions. They are expected to contribute more to global growth next year, when for example Russia and Brazil have emerged from recession.

German exports continue in their upward trend: A strong upturn in major industrial countries, as well as the continued recovery within the euro area, are compensating for the somewhat weaker demand from the emerging countries. In net terms, however, foreign trade is still barely contributing to growth, because imports will increase significantly as part of the dynamic domestic economy. Consumption is supporting the growth of the German economy. The low inflation substantially supports consumers' purchasing power. But nominal incomes are also experiencing strong increases: The

employment growth continues—the number of employed individuals is expected to rise at roughly the rate of previous quarters—and wages have noticeably increased, also due to the introduction of the minimum wage.

Other important factors are the significant increases in social benefits; these are primarily due to a sharp increase in pensions, but also to the benefits being received by the refugees, which should give private consumption an additional boost. In contrast, investment will be rather subdued overall. Concerns about the future of the euro area are likely to dampen investment plans. Furthermore, considerable uncertainties about the development of important markets have recently intensified, particularly in China. There are also unresolved geopolitical conflicts, especially the tensions with Russia. Nevertheless, a moderate expansion of investment in equipment is emerging. With robust foreign demand and fully utilized capacities in the industry, these investments are expected to rise over time, especially since the dynamic domestic demand should provide an impetus.

However, the risks to the economy remain high and in fact have recently increased. The impending interest rate turnaround in the U.S. could lead to unexpectedly strong capital outflows from the emerging countries; given the high private debt—especially since it is often in foreign currency—this could dampen economic momentum in these countries as well. Although a significant slump in the Chinese economy is expected to be handled with expansionary measures by the government, there is the risk that they may not take sufficient countermeasures in time. It has also been shown in the past that uncertainty about the further development of European integration can flare up quickly. In addition, the recently high volatility of oil prices shows that a new stable equilibrium still has not been established on the market. The planning uncertainty bound up with this could dampen the disposition of many corporations more strongly than assumed here.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Die Entwicklung im Euroraum ist nach wie vor ein Risiko«

1. Herr Fichtner, die deutsche Wirtschaft konnte in diesem Jahr bislang mit guten Zahlen aufweisen. Wird das auch für den Rest des Jahres gelten? Die deutsche Wirtschaft stellt sich insgesamt gut dar, und auch im weiteren Jahresverlauf sind die Perspektiven günstig. Wir erwarten, dass wir im Gesamtjahr und auch im kommenden Jahr auf eine Wachstumsrate von knapp zwei Prozent kommen. Das ist für die deutsche Wirtschaft schon ganz gut.
2. Läuft der Außenhandel so stark wie zuletzt? Dafür, dass sich die Weltwirtschaft nicht ganz so gut entwickelt, läuft der deutsche Außenhandel überraschend gut. Wenn man die Importe von den Exporten abzieht, bleibt vom Wachstumsbeitrag des Außenhandels zwar nicht mehr viel übrig, aber die Exporte stellen trotzdem eine wichtige Wachstumsstütze dar.
3. Wie sieht es bei den Einfuhren aus? Die Importe laufen ausgesprochen kräftig, weil die Inlandsnachfrage dynamisch ist. Wir haben eine kräftige Konsumnachfrage und eine über den Prognosezeitraum zunehmende Investitionstätigkeit. Beides führt dazu, dass die Unternehmen und auch die privaten Haushalte mehr Güter importieren, was wiederum den Außenhandelsüberschuss etwas senkt.
4. Woran liegt es, dass der private Konsum so gut läuft? Der Hauptgrund für die guten Zahlen beim privaten Konsum ist die gute Situation am Arbeitsmarkt. Das schlägt sich wiederum in relativ kräftig steigenden Löhnen nieder und führt dazu, dass die Haushalte relativ viel Geld in der Tasche haben. Der Finanzminister verdient ordentlich mit, aber es bleibt bei den Haushalten trotzdem ein dickes Plus in der Tasche.
5. Ist die Lage der öffentlichen Haushalte nach wie vor gut? Die öffentlichen Finanzen stehen außerordentlich gut da. Wir werden in diesem wie auch im kommenden Jahr erhebliche Überschüsse haben, obwohl mit dem aktuellen Flüchtlingszustrom zunächst erhebliche Mehrausgaben verbunden sind. Das können aber die öffentlichen Kassen durchaus wegstecken.
6. Welche konjunkturellen Auswirkungen könnte die hohe Zahl an Flüchtlingen in Deutschland haben? Das Geld, das die Flüchtlinge in Form von monetären Sozialleistungen bekommen, kommt seinerseits natürlich wieder der deutschen Wirtschaft zugute, weil es zu einem sehr großen Teil für Konsumzwecke ausgegeben wird. Wir gehen davon aus, dass die Ersparnisbildung bei den Flüchtlingen sehr gering sein wird, einfach weil die Spielräume dafür nicht da sind. So kommt ein großer Teil der Transfers, die die Flüchtlinge bekommen, unmittelbar wieder in der deutschen Wirtschaft an. Alles in allem sind die Nettokosten der Flüchtlinge also gar nicht mehr so hoch wie die Zahlen, die zurzeit kursieren.
7. Wie beurteilen Sie das außenwirtschaftliche Umfeld? Insgesamt entwickelt sich die Weltwirtschaft ganz ordentlich. Allerdings haben viele Schwellenländer zurzeit größere Schwierigkeiten. Insbesondere Brasilien und Russland brechen ein. China hat an Schwung verloren, sodass die wirtschaftlichen Hauptimpulse eher aus den großen Industrieländern kommen. Der Euroraum erholt sich zwar ein bisschen, aber die Hauptimpulsgeber sind die USA und in Europa am ehesten noch Großbritannien.
8. Wo sehen Sie die größten konjunkturellen Risiken? Ein wichtiges Risiko ist nach wie vor die Entwicklung im Euroraum. Es ist nach wie vor nicht alles in trockenen Tüchern. Wir haben nach wie vor Probleme im Bankensektor, wir haben in einzelnen Volkswirtschaften eine extrem hohe Arbeitslosigkeit, und wir wissen nicht, ob der sich allmählich abzeichnende Pfad nach oben wirklich so beschritten wird, wie es sich im Moment gerade darstellt. Dazu kommen globale Risiken. Die Entwicklung in China war in den vergangenen Wochen extrem volatil, gerade an den Finanzmärkten. Wenn sich das in der Realwirtschaft, beispielsweise in der Investitionstätigkeit der Unternehmen, niederschlägt, dann haben wir durchaus auch ein relevantes Konjunkturrisiko für Deutschland.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2015

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 729,3	1 835,8	295,5	598,0	-
4	- Abschreibungen	531,0	302,8	67,3	160,9	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 198,3	1 532,9	228,2	437,2	-236,6
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 540,0	1 096,6	231,4	212,1	12,9
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,0	11,5	0,1	8,5	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	24,9	23,2	0,3	1,4	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	663,1	448,1	-3,0	218,0	-249,6
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 542,7	-	-	1 542,7	10,3
11	- Geleistete Subventionen	26,5	-	26,5	-	5,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	321,4	-	321,4	-	5,0
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	728,4	648,4	49,2	30,9	184,1
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	792,0	377,1	22,3	392,6	120,5
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 564,3	176,8	265,1	2 122,4	-303,1
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	359,7	75,0	-	284,7	8,5
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	367,8	-	367,8	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	622,6	-	-	622,6	3,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	623,4	122,3	500,4	0,8	2,6
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	532,4	60,6	471,1	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	525,5	-	-	525,5	7,3
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	291,6	153,4	65,0	73,2	45,3
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	247,9	139,4	18,8	89,7	89,0
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 522,7	149,5	616,0	1 757,2	-261,5
25	- Konsumausgaben	2 221,0	-	587,1	1 634,0	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,6	-	50,6	-
27	= Sparen	301,6	98,9	28,9	173,8	-261,5
28	- Geleistete Vermögenstransfers	39,8	3,9	28,0	7,8	3,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	36,5	16,5	12,6	7,3	6,8
30	- Bruttoinvestitionen	571,1	314,3	63,6	193,2	-
31	+ Abschreibungen	531,0	302,8	67,3	160,9	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,9	-1,4	-6,5	6,0	1,9
33	= Finanzierungssaldo	260,0	101,4	23,6	135,0	-260,0
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 522,7	149,5	616,0	1 757,2	-261,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	386,1	-	386,1	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	386,1	-	-	386,1	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 522,7	149,5	229,9	2 143,2	-261,5
38	- Konsum ²	2 221,0	-	201,0	2 020,0	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,6	-	50,6	-
40	= Sparen	301,6	98,9	28,9	173,8	-261,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2016

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 817,4	1 898,2	303,9	615,4	-
4 - Abschreibungen	543,5	307,2	69,3	167,0	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 273,9	1 591,0	234,5	448,4	-244,9
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 602,7	1 144,1	238,0	220,6	13,5
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,7	12,0	0,1	8,6	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	25,7	24,1	0,3	1,3	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	676,3	459,1	-3,3	220,5	-258,4
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 605,0	-	-	1 605,0	11,1
11 - Geleistete Subventionen	27,1	-	27,1	-	5,7
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	329,7	-	329,7	-	5,7
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	717,8	643,2	45,2	29,5	190,0
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	787,3	370,5	21,8	395,0	120,5
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 653,3	186,3	275,9	2 191,0	-316,8
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	375,9	74,9	-	300,9	8,7
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	384,2	-	384,2	-	0,4
18 - Geleistete Sozialbeiträge	646,8	-	-	646,8	3,7
19 + Empfangene Sozialbeiträge	647,7	126,5	520,4	0,8	2,8
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	552,1	60,0	491,4	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	545,0	-	-	545,0	7,6
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	294,9	154,5	65,4	75,0	48,3
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	253,2	140,5	19,1	93,6	90,0
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 613,6	163,9	642,8	1 806,9	-277,1
25 - Konsumausgaben	2 290,6	-	610,0	1 680,6	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-51,6	-	51,6	-
27 = Sparen	323,0	112,3	32,7	178,0	-277,1
28 - Geleistete Vermögenstransfers	41,1	4,1	28,3	8,7	3,5
29 + Empfangene Vermögenstransfers	37,7	18,1	12,2	7,4	6,8
30 - Bruttoinvestitionen	589,4	322,4	67,6	199,4	-
31 + Abschreibungen	543,5	307,2	69,3	167,0	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,9	-1,5	-1,4	0,9	1,9
33 = Finanzierungssaldo	275,6	112,6	19,7	143,3	-275,6
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 613,6	163,9	642,8	1 806,9	-277,1
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	408,1	-	408,1	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	408,1	-	-	408,1	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 613,6	163,9	234,7	2 215,0	-277,1
38 - Konsum ²	2 290,6	-	202,0	2 088,7	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-51,6	-	51,6	-
40 = Sparen	323,0	112,3	32,7	178,0	-277,1

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,9	0,4	0,4	0,9	0,9	0,5	0,4	0,4	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	-0,8	0,0	0,8	-0,4	0,1	-1,7	-1,2	1,2
Arbeitstage	0,1	0,9	0,4	-0,3	0,6	0,0	1,8	1,6	-0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	0,6	0,8	1,4	1,1	0,6	0,6	0,8	0,9
Produktivität¹	0,4	1,2	1,1	0,5	0,3	0,8	1,6	1,5	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,9	1,8	1,4	1,4	2,2	2,3	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 156,2	2 221,0	2 290,6	1 049,6	1 106,6	1 080,6	1 140,5	1 117,5	1 173,1
Private Haushalte²	1 592,2	1 634,0	1 680,6	776,1	816,0	796,9	837,1	821,0	859,6
Staat	564,0	587,1	610,0	273,4	290,6	283,7	303,4	296,5	313,6
Anlageinvestitionen	585,1	606,0	627,4	282,2	302,9	290,0	316,0	300,4	327,1
Ausrüstungen	189,8	198,2	205,1	90,5	99,3	93,8	104,3	97,1	108,0
Bauten	291,8	299,6	309,8	141,4	150,4	143,4	156,2	148,5	161,4
Sonstige Anlageinvestitionen	103,5	108,2	112,5	50,3	53,2	52,7	55,5	54,8	57,7
Vorratsveränderung³	-22,0	-34,9	-38,0	5,2	-27,2	-5,3	-29,6	-7,3	-30,7
Inländische Verwendung	2 719,3	2 792,2	2 880,0	1 336,9	1 382,3	1 365,3	1 426,9	1 410,6	1 469,5
Außenbeitrag	196,4	236,6	244,9	95,8	100,5	117,2	119,5	126,5	118,4
Exporte	1 333,2	1 432,5	1 513,9	652,5	680,7	697,3	735,2	742,3	771,6
Importe	1 136,8	1 195,9	1 269,0	556,7	580,1	580,1	615,8	615,8	653,2
Bruttoinlandsprodukt	2 915,7	3 028,8	3 125,0	1 432,8	1 482,9	1 482,5	1 546,3	1 537,1	1 587,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	3,0	3,1	2,4	2,5	3,0	3,1	3,4	2,9
Private Haushalte²	1,9	2,6	2,9	1,9	1,9	2,7	2,6	3,0	2,7
Staat	4,1	4,1	3,9	4,1	4,0	3,8	4,4	4,5	3,4
Anlageinvestitionen	5,0	3,6	3,5	7,1	3,1	2,8	4,3	3,6	3,5
Ausrüstungen	4,7	4,4	3,5	6,4	3,3	3,7	5,0	3,5	3,5
Bauten	5,2	2,7	3,4	8,7	2,2	1,4	3,9	3,5	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	4,5	4,0	4,0	5,5	4,8	4,3	3,9	4,0
Inländische Verwendung	2,6	2,7	3,1	3,3	1,8	2,1	3,2	3,3	3,0
Exporte	3,9	7,4	5,7	3,0	4,8	6,9	8,0	6,5	4,9
Importe	2,1	5,2	6,1	2,1	2,1	4,2	6,1	6,2	6,1
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,9	3,2	3,7	3,1	3,5	4,3	3,7	2,7
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 020,2	2 060,6	2 097,8	988,5	1 031,6	1 008,8	1 051,8	1 029,7	1 068,1
Private Haushalte²	1 503,3	1 531,8	1 556,4	733,6	769,7	748,4	783,4	762,0	794,4
Staat	516,8	528,7	541,2	254,9	261,9	260,3	268,4	267,5	273,7
Anlageinvestitionen	546,4	558,9	572,4	263,8	282,6	267,4	291,4	274,1	298,3
Ausrüstungen	186,9	195,0	202,0	88,6	98,3	91,6	103,3	95,0	107,1
Bauten	262,4	264,8	269,4	127,7	134,8	127,2	137,6	129,6	139,8
Sonstige Anlageinvestitionen	97,0	99,4	101,5	47,3	49,6	48,6	50,8	49,6	51,9
Inländische Verwendung	2 545,6	2 581,7	2 625,7	1 258,9	1 286,6	1 273,2	1 308,5	1 295,4	1 330,3
Exporte	1 281,9	1 361,5	1 430,9	628,6	653,3	663,4	698,1	703,1	727,8
Importe	1 090,0	1 155,7	1 216,5	532,1	557,9	561,8	593,9	592,3	624,3
Bruttoinlandsprodukt	2 736,3	2 786,1	2 839,1	1 355,0	1 381,3	1 374,2	1 411,9	1 405,5	1 433,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	2,0	1,8	1,0	1,3	2,1	2,0	2,1	1,5
Private Haushalte²	0,9	1,9	1,6	0,8	1,1	2,0	1,8	1,8	1,4
Staat	1,7	2,3	2,4	1,5	1,9	2,1	2,5	2,8	2,0
Anlageinvestitionen	3,5	2,3	2,4	5,3	1,9	1,4	3,1	2,5	2,4
Ausrüstungen	4,5	4,3	3,6	6,3	3,0	3,4	5,1	3,6	3,6
Bauten	2,9	0,9	1,8	5,6	0,5	-0,4	2,1	1,9	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	2,5	2,1	2,5	3,7	2,7	2,3	2,0	2,2
Inländische Verwendung	1,3	1,4	1,7	1,9	0,7	1,1	1,7	1,7	1,7
Exporte	4,0	6,2	5,1	3,6	4,5	5,5	6,9	6,0	4,3
Importe	3,7	6,0	5,3	4,0	3,4	5,6	6,4	5,4	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,9	1,8	1,4	1,4	2,2	2,3	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,9	0,7	1,2	1,0	0,8	0,6	0,8	1,2	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,7	1,5	2,6	2,1	1,6	1,9	1,7	1,4
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,1	1,7	1,2	1,4	1,2	1,1	1,1
Ausrüstungen	0,2	0,1	-0,1	0,0	0,3	0,3	-0,1	-0,1	-0,1
Bauten	2,3	1,8	1,6	2,9	1,7	1,8	1,7	1,6	1,7
Exporte	-0,1	1,2	0,6	-0,5	0,2	1,2	1,1	0,5	0,7
Importe	-1,6	-0,8	0,8	-1,9	-1,3	-1,3	-0,3	0,7	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,0	1,3	1,8	1,6	2,0	2,0	1,4	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung**a) Milliarden Euro**

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 055,0	2 122,4	2 191,0	1 008,6	1 046,4	1 042,7	1 079,7	1 080,9	1 110,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,6	281,1	292,5	131,6	140,0	135,7	145,4	141,5	151,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 213,7	1 261,5	1 312,5	579,2	634,5	600,7	660,8	626,2	686,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,7	579,7	586,0	297,8	271,9	306,3	273,5	313,2	272,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	409,7	441,9	462,3	190,0	219,7	197,5	244,3	212,2	250,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 464,7	2 564,3	2 653,3	1 198,6	1 266,1	1 240,3	1 324,0	1 293,1	1 360,2
Abschreibungen	517,8	531,0	543,5	257,5	260,2	264,3	266,7	270,4	273,1
Bruttonationaleinkommen	2 982,4	3 095,3	3 196,8	1 456,1	1 526,3	1 504,5	1 590,8	1 563,5	1 633,4
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 176,2	2 269,3	2 350,8	1 056,0	1 120,2	1 094,3	1 174,9	1 142,9	1 207,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	690,9	726,6	745,8	345,3	345,6	357,9	368,7	375,3	370,5
Arbeitnehmerentgelt	1 485,3	1 542,7	1 605,0	710,7	774,5	736,4	806,2	767,7	837,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	3,3	3,2	2,6	2,7	3,4	3,2	3,7	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	3,5	4,0	3,5	3,5	3,2	3,8	4,2	3,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,9	4,0	4,0	3,8	3,7	4,1	4,2	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	-0,2	1,8	1,1	-0,3	0,0	2,8	0,6	2,3	-0,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	7,8	4,6	11,6	7,1	4,0	11,2	7,4	2,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	4,0	3,5	3,9	3,5	3,5	4,6	4,3	2,7
Abschreibungen	2,5	2,6	2,4	2,8	2,3	2,6	2,5	2,3	2,4
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,8	3,3	3,7	3,3	3,3	4,2	3,9	2,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,8	4,3	3,6	4,1	3,5	3,6	4,9	4,4	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	5,2	2,6	4,6	3,0	3,7	6,7	4,9	0,5
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,9	4,0	3,9	3,7	3,6	4,1	4,2	3,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte**a) Milliarden Euro**

Masseneinkommen	1 217,8	1 259,2	1 305,6	586,8	631,1	606,9	652,2	627,6	678,0
Nettolöhne- und -gehälter	808,1	833,1	864,0	382,2	425,9	393,9	439,3	408,8	455,1
Monetäre Sozialleistungen	505,6	525,5	545,0	251,9	253,7	262,3	263,2	269,9	275,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	95,8	99,5	103,3	47,3	48,5	49,2	50,3	51,1	52,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,7	579,7	586,0	297,8	271,9	306,3	273,5	313,2	272,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-77,4	-81,8	-84,8	-37,5	-40,0	-41,3	-40,4	-42,6	-42,2
Verfügbares Einkommen	1 710,1	1 757,2	1 806,9	847,1	863,0	871,9	885,3	898,2	908,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,6	51,6	24,5	25,1	25,0	25,7	25,5	26,2
Konsumausgaben	1 592,2	1 634,0	1 680,6	776,1	816,0	796,9	837,1	821,0	859,6
Sparen	167,6	173,8	178,0	95,5	72,1	100,0	73,8	102,6	75,3
Sparquote in Prozent ⁷	9,5	9,6	9,6	11,0	8,1	11,1	8,1	11,1	8,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,4	3,4	3,7	3,1	3,6	3,4	3,4	3,4	4,0
Nettolöhne- und -gehälter	3,6	3,1	3,7	3,7	3,6	3,1	3,1	3,8	3,6
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,0	3,7	1,7	3,8	4,1	3,8	2,9	4,5
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,4	3,9	3,9	0,4	4,4	4,1	3,6	3,8	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	-0,2	1,8	1,1	-0,3	0,0	2,8	0,6	2,3	-0,2
Verfügbares Einkommen	2,3	2,8	2,8	2,2	2,4	2,9	2,6	3,0	2,6
Konsumausgaben	1,9	2,6	2,9	1,9	1,9	2,7	2,6	3,0	2,7
Sparen	6,7	3,7	2,4	5,2	8,6	4,7	2,4	2,6	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

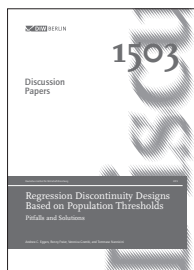
	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	659,6	689,3	713,9	328,2	331,4	343,3	346,0	358,1	355,8
direkte Steuern	345,6	367,8	384,2	173,1	172,5	184,2	183,6	194,4	189,7
indirekte Steuern	314,0	321,4	329,7	155,1	158,9	159,1	162,4	163,6	166,1
Nettosozialbeiträge	481,9	500,4	520,4	233,6	248,3	242,8	257,6	252,7	267,7
Vermögenseinkommen	25,0	22,3	21,8	15,5	9,5	12,8	9,5	12,5	9,3
Laufende Übertragungen	19,1	18,8	19,1	8,8	10,4	8,6	10,2	8,7	10,3
Vermögenstransfers	12,2	12,6	12,2	4,7	7,5	5,0	7,5	4,8	7,4
Verkäufe	101,5	105,8	109,9	47,6	53,9	49,4	56,4	51,6	58,2
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 299,6	1 349,3	1 397,5	638,5	661,1	662,0	687,3	688,6	708,9
Ausgaben									
Vorleistungen	138,6	144,3	148,6	63,2	75,3	65,3	79,0	67,8	80,7
Arbeitnehmerentgelte	224,6	231,4	238,0	108,0	116,6	110,7	120,7	114,3	123,7
Soziale Sachleistungen	240,1	253,0	267,4	118,4	121,7	124,7	128,3	132,7	134,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	51,5	49,2	45,2	26,5	25,0	22,0	27,2	21,0	24,1
Subventionen	25,5	26,5	27,1	12,5	13,0	13,1	13,3	13,5	13,7
Monetäre Sozialleistungen	451,0	471,1	491,4	224,6	226,4	235,1	236,0	243,3	248,1
Sonstige laufende Transfers	61,6	65,0	65,4	35,8	25,8	36,3	28,7	36,3	29,0
Bruttoinvestitionen	63,2	63,6	67,6	28,1	35,2	27,7	35,9	29,0	38,6
Vermögenstransfers	35,9	28,0	28,3	11,0	24,9	11,7	16,4	11,6	16,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-6,5	-1,4	-0,6	-0,7	-5,7	-0,7	-0,6	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 290,7	1 325,7	1 377,8	627,4	663,3	640,9	684,8	669,0	708,7
Finanzierungssaldo	8,9	23,6	19,7	11,1	-2,2	21,1	2,6	19,6	0,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,5	4,5	3,6	2,7	4,3	4,6	4,4	4,3	2,8
direkte Steuern	3,9	6,4	4,4	2,6	5,3	6,4	6,4	5,6	3,3
indirekte Steuern	3,0	2,4	2,6	2,9	3,2	2,5	2,2	2,9	2,3
Nettosozialbeiträge	3,7	3,8	4,0	3,5	3,8	3,9	3,7	4,1	3,9
Vermögenseinkommen	16,9	-11,0	-2,0	31,1	-0,7	-17,5	-0,4	-2,1	-1,8
Laufende Übertragungen	3,4	-1,6	1,4	-1,8	8,1	-1,8	-1,4	1,5	1,3
Vermögenstransfers	17,1	3,4	-2,7	-1,7	33,1	7,0	1,1	-4,5	-1,6
Verkäufe	2,0	4,2	3,9	1,9	2,0	3,8	4,5	4,6	3,2
Sonstige Subventionen	-12,5	-8,9	0,0	-8,1	-15,7	-20,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,8	3,8	3,6	3,4	4,1	3,7	4,0	4,0	3,1
Ausgaben									
Vorleistungen	2,6	4,2	2,9	2,3	3,0	3,3	4,9	3,9	2,2
Arbeitnehmerentgelte	2,7	3,0	2,9	3,0	2,5	2,5	3,5	3,3	2,5
Soziale Sachleistungen	5,7	5,4	5,7	5,6	5,8	5,3	5,4	6,4	5,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,1	-4,5	-8,2	-9,0	-7,2	-17,0	8,8	-4,4	-11,2
Subventionen	4,6	3,8	2,6	5,8	3,4	5,1	2,6	2,6	2,6
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,4	4,3	1,6	4,1	4,7	4,2	3,5	5,1
Sonstige laufende Transfers ⁹	-1,4	3,4	0,4	1,8	-3,2	0,4	2,9	0,1	0,3
Bruttoinvestitionen	-0,5	0,5	6,4	7,0	-5,7	-1,2	1,9	4,7	7,6
Vermögenstransfers ⁹	5,3	-7,9	0,3	-3,4	8,8	0,7	-8,6	0,0	0,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	-5,1	5,1	0,0	-0,1	-5,1	0,0	5,1	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,8	2,7	3,9	2,1	3,5	2,1	3,2	4,4	3,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁷ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁵ Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.⁸ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁶ Empfangene abzüglich geleistete Transfers.⁹ Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Discussion Papers Nr. 1503

2015 | Andrew C. Eggers, Ronny Freier, Veronica Grembi, Tommaso Nannicini



Regression Discontinuity Designs Based on Population Thresholds: Pitfalls and Solutions

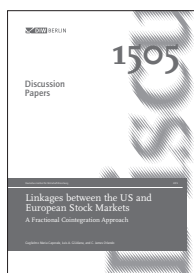
In many countries, important features of municipal government (such as the electoral system, mayors' salaries, and the number of councillors) depend on whether the municipality is above or below arbitrary population thresholds. Several papers have used a regression discontinuity design (RDD) to measure the effects of these threshold-based policies on political and economic outcomes. Using evidence from France, Germany, and Italy, we highlight two common pitfalls that arise in exploiting population-based policies (confounded treatment and sorting) and we provide guidance for detecting and addressing these pitfalls. Even when these problems are present, population-threshold RDD may be the best available research design for studying the effects of certain policies and political institutions.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1505

2015 | Guglielmo Maria Caporale, Luis A. Gil-Alana, C. James Orlando



Linkages between the US and European Stock Markets: A Fractional Cointegration Approach

This paper analyses the long-memory properties of US and European stock indices, as well as their linkages, using fractional integration and fractional cointegration techniques. These methods are more general and have higher power than the standard ones usually employed in the literature. The empirical evidence based on them suggests the presence of unit roots in both the S&P 500 Index and the Euro Stoxx 50 Index. Also, fractional cointegration appears to hold at least for the subsample from December 1996 to March 2009 ending when the global financial crisis was still severe; subsequently, the US and European stock markets diverged and

followed different recovery paths, possibly as a result of various factors such as diverging growth and monetary policy. Establishing whether the degree of cointegration has changed over time is important since past literature has shown that diversification benefits arise when markets are not cointegrated.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



REPEC-SCORE 498. LÄUFT.

Forschung. Einfach. Teilen. ZBW

Ökonomen, die ihre Forschungsergebnisse teilen, werden mehrheitlich häufiger zitiert. Die ZBW bietet alle Services rund um das Publizieren im Open Access sowie beim Forschungsdatenmanagement in den Wirtschaftswissenschaften.

www.forschung-einfach-teilen-zbw.eu



Leibniz-Informationszentrum
Wirtschaft
Leibniz Information Centre
for Economics

www.forschung-einfach-teilen-zbw.eu



Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Katz-und-Maus-Spiel: Kampf um Atomkosten

Der Kampf um die Atomkosten – und wer sie zu tragen hat – erinnert an ein Katz-und-Maus-Spiel. Die Atomkonzerne haben über Jahrzehnte Subventionen zum Bau und Erhalt der Atomkraftwerke erhalten und dann gute Gewinne mit abgeschriebenen Kraftwerken erwirtschaftet. Viel zu lang halten die Atomkonzerne nun jedoch an veralteten Geschäftsmodellen fest und geraten so in schwieriges Fahrwasser. Die Atomkraftwerke werden nach und nach abgeschaltet, die Wirtschaftlichkeit aller anderen Kraftwerke schwindet. So sind die Bilanzen der Atomkonzerne in den letzten Jahren nicht mehr mit derart üppigen Gewinnen gesegnet wie in der Vergangenheit. Sollten die Atomkonzerne nicht in der Lage sein, ihre hohen Kosten über die kommenden Jahrzehnte decken zu können, droht der Öffentlichkeit ein Kostenberg, für den sie allein aufkommen muss. Zwar haben die Konzerne Rückstellungen in Höhe von 38 Milliarden Euro gebildet, doch zum einen stellt sich die Frage, wie sicher diese Rückstellungen in turbulenten Zeiten sind. Zum anderen muss beantwortet werden, wer die zusätzlichen Kosten tragen würde, sollten die tatsächlichen Kosten die Schätzungen übersteigen. Die Konzerne selbst hätten nichts gegen eine Verstaatlichung der Kosten einzuwenden, würden gern eine Atomstiftung unter staatlicher Aufsicht gründen, die sie von ihrer Verantwortung befreit. Eine derartige Bad Bank wäre jedoch für die Öffentlichkeit ein Bad Deal, da der Staat weder die Expertise für Atomrückbau und Entsorgung des Atomabfalls besitzt noch für die restlichen Kosten haftbar gemacht werden soll und kann. Geeigneter wäre die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds mit Nachschusspflicht, der die Gelder sichert und so die Gefahr der Kostenabwälzung für die Öffentlichkeit verringert. Derartige Fondslösungen werden auch in anderen Ländern praktiziert. Der Energiekonzern Eon

hat Ende 2014 einen rigorosen Schritt unternommen, um den Herausforderungen zu begegnen. Das fossil-atomare Geschäft sollte ausgelagert werden, erneuerbare Energien und das grüne Geschäft werden durch den Eon-Konzern abgedeckt. Dieser Schritt hat einerseits den Vorteil, dass sich beide Geschäftsmodelle nicht kannibalisieren. Andererseits kann der fossil-atomare Konzern auf erhebliche Kapitalwerte wie Kraftwerke oder Gasinfrastruktur zurückgreifen, welche ebenso Sicherheiten für die Rückstellungen der Atomenergie bieten. Die Rückstellungen sind in einem solchen Konzept durch ausreichende Kapitalwerte gedeckt. Nun sollen nach neuesten Entscheidungen jedoch die Atomgeschäfte in das grüne Eon wandern. Nicht nur, dass ein solches Unternehmen dann nicht wirklich grün ist. Zwar hat dieser Unternehmensteil, wenn klug gemacht, durchaus positive Zukunftserwartungen. So sehr man dem grünen Geschäftsmodell eine positive Zukunft wünschen mag, ist jedoch die notwendige Kapitaldeckung für die Kostenübernahme in diesem Konzern eher noch unsicherer als in dem alten. Diese Entscheidung ist Teil des Katz-und-Maus-Spiels: Zuvor hatte die Regierung einen Vorschlag eingebracht, die Haftungsregeln für Energieunternehmen zu ändern, sodass künftig auch Tochterunternehmen langfristig mithaften müssen. Der ausgelagerte Konzern von Eon müsste somit auch für die Muttergesellschaft haften, auch für die langfristigen Atomkosten. Offensichtlich hatte Eon gehofft, mit der Auslagerung des Atomgeschäfts der vollständigen Haftung entgehen zu können; bilanziell hätte dies in der Tat Vorteile gebracht. Die jetzige Entscheidung von Eon hat sicherlich zum Ziel, das Haftungsgesetz zu stoppen und die Politik zu Entscheidungen zu zwingen, die gut für die Energiewirtschaft, aber schlecht für die Öffentlichkeit sind. Im Trickfilm gewinnt übrigens am Ende immer die Maus.